

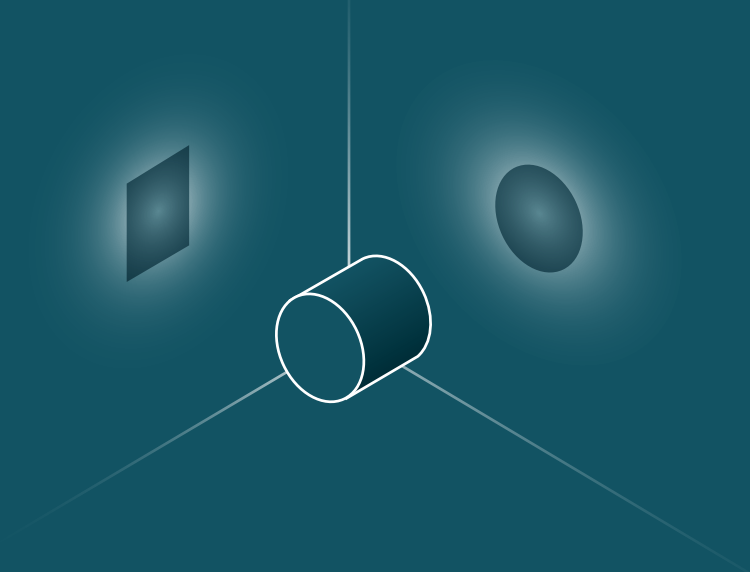
2|17

ispa
Internet Service Providers **Austria**

News



kritisch
Standpunkte hinterfragen



03 Editorial

Von Maximilian Schubert

04 Sicherheitspaket

Schwerwiegende Bedenken von allen Seiten

06 Digitale Ausblicke der österreichischen Parteien

ISPA Parteienbefragung anlässlich der Nationalratswahl

18 Internet Summit Austria 2017

Wie viel Zensur verträgt das Internet?

20 Sicherheitseinstellungen für mobile Endgeräte

ISPA Leitfäden bereits in der fünften Auflage

21 Plattformschulung

Facebook und Google für Rechtsdurchsetzungsbehörden

23 #GegenHassimNetz

Beratungsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen

23 Neue Mitglieder stellen sich vor

nÖGIG

24 Mitglieder

Stand September 2017

Editorial



Von Maximilian Schubert

»Man braucht nicht immer denselben Standpunkt zu vertreten, denn niemand kann einen daran hindern, klüger zu werden.«

KONRAD ADENAUER

War das Internet früher lediglich ein Randthema, so gibt es heute wohl kaum einen Aspekt des täglichen Lebens mehr, der nicht davon betroffen ist. Es war uns daher wichtig, vor der anstehenden Nationalratswahl die digitalen Strategien der Parteien zu hinterfragen, und so haben wir alle bundesweit kandidierenden Parteien um die Beantwortung eines diesbezüglichen Fragenkataloges ersucht, der die Interessen der Internetwirtschaft widerspiegelt. Wir freuen uns, dass beinahe alle unsere zehn Fragen beantwortet haben und damit mithelfen, dass man sich einen Überblick über die diesbezüglichen Positionen verschaffen kann. Alle Antworten finden Sie, nach Fragen gruppiert, in dieser Ausgabe der ISPA News.

Wir bedauern an dieser Stelle, dass das Thema der Rechtsdurchsetzung im Internet kurzzeitig zu einem intensiv umkämpften Wahlkampfthema geworden ist. Dass Handlungsbedarf besteht, daran besteht wenig Zweifel. Wie so oft werden es jedoch weniger die einfach anmutenden gesetzlichen Änderungen – also ›quick fixes‹ – sein, die in dieser Situation Abhilfe schaffen, sondern eher die langfristige Kooperation aller Stakeholder über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg. Selbst wenn die Internetwirtschaft einige der im Rahmen des ›Sicherheitspakets‹ vorgeschlagenen Maßnahmen geschlossen und in aller Klarheit abgelehnt hat, verbleiben wir jederzeit bereit uns im Rahmen von Arbeitsgruppen mit unserer Expertise einzubringen. Wir unterstützen gerne bei der Ausarbeitung von Lösungen, wie z. B. die Dauer eines grenzüberschreitenden Rechtshilfeersuchens um Bekanntgabe von Nutzerinformationen hinter einer IP-Adresse, unter Aufrechterhaltung des derzeitigen sehr hohen österreichischen Standards im Bereich des Datenschutzes sowie der Datensicherheit, von mehreren Monaten auf einen vertretbaren Zeitraum verkürzt werden kann. Klar ist, dass eine Lösung hierfür auf EU-Ebene gefunden werden muss, z. B. im Rahmen des derzeit mit Spannung erwarteten diesbezüglichen Richtlinienentwurfs der EU-Kommission über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln (E-Evidence). Daher wird die ISPA auch weiterhin ihre Präsenz in Brüssel nutzen, um die Interessen der österreichischen Internetwirtschaft erfolgreich zu vertreten.

In diesem Heft finden Sie auch einen Rückblick auf den diesjährigen Internet Summit Austria am 13. September. Mit interessanten und durchaus sehr kontroversiellen Keynotes von Aral Balkan und Julia Krüger sowie spannenden Podiumsdiskussionen wurde die sehr aktuelle Thematik ›Zensur im Internet‹, losgelöst von der derzeitigen nationalen Diskussion, aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr

Maximilian Schubert

Schwerwiegende Bedenken gegen den Entwurf des Sicherheitspakets

Das Anfang Juli in Begutachtung geschickte ›Sicherheitspaket‹ stieß ob der unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffe sowie des damit verbundenen Sicherheitsrisikos auf breite Kritik in der Bevölkerung und wurde auch von der ISPA klar abgelehnt.

Es war eines der am heftigsten diskutierten Themen des Sommers 2017: die von der Bundesregierung als Teil des ›Sicherheitspakets‹ deklarierten Gesetzesnovellen der Strafprozessordnung, des Telekommunikationsgesetzes sowie des Sicherheitspolizeigesetzes. Die ISPA hat sich im Rahmen zweier ausführlicher Stellungnahmen im Detail mit den vorgesehenen Bestimmungen befasst und diese sowohl aus rechtlicher als auch aus technischer Sicht evaluiert.

Darüber hinaus hat sich die ISPA auch dazu entschlossen, einen offenen Brief zu verfassen, welcher sich in diesem Fall an die Mitglieder des Nationalrats richtete. In diesem gemeinsam mit dem WKO-Fachverband UBIT, der Österreichischen Computer Gesellschaft, DigitalSociety sowie den Austrian Startups koordinierten Brief der IT-Wirtschaft wurden explizit die potentiellen Risiken für die IT-Sicherheit in Österreich veranschaulicht, welche mit der Umsetzung einiger der Bestimmungen einhergehen, und es wurde auch auf die nachteiligen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich hingewiesen. Sowohl die Stellungnahmen als auch der Brief sind auf der ISPA Webseite abrufbar.

Im Verlauf der öffentlichen Begutachtung zeigte sich, dass die ISPA mit ihren Kritikpunkten keineswegs alleine steht, sondern in unterschiedlichen Punkten sowohl von Seiten der Zivilgesellschaft als auch etwa von der Rechtsanwaltskammer, dem Obersten Gerichtshof, der TU Wien oder der Regulierungsbehörde RTR bestätigt wurde. Das überwältigend negative Feedback hatte letztlich zur Folge, dass von einem Beschluss der Gesetzesnovellen in der angedachten

Form Abstand genommen wurde. Gleichzeitig haben es sich die zuständigen Ministerien jedoch vorbehalten, in der neuen Legislaturperiode einen neuen Anlauf zu starten.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Internetindustrie für die von Seiten der Ministerien vorgebrachten Herausforderungen in der Strafverfolgung durchaus Verständnis zeigt und eine Anpassung der Rechtsgrundlage in einigen Bereichen erforderlich erscheint. Die ISPA befasst sich in diesem Zusammenhang etwa bereits seit geraumer Zeit mit der Anpassung der technischen Schnittstellen zur Überwachung der Sprachtelefonie an neue Technologien wie Voice-over-LTE.

Gerade weil es sich bei den im Rahmen des ›Sicherheitspakets‹ behandelten Materien um zum Teil äußerst sensible Bereiche handelt, deren rechtliche Regelung zukunftsweisend ist und die Rechte und Freiheiten zahlreicher Bürgerinnen und Bürger tangiert, ist es notwendig, ausreichend Zeit in die Auffindung der rechtlichen und technischen Ausgestaltung neuer Ermittlungsmaßnahmen zu investieren und hierzu auch Expertenmeinungen einzuholen.

Aus diesem Grund zeigte sich die ISPA, wie auch zahlreiche andere Stakeholder, über die Qualität einiger der vorgesehenen Bestimmungen verwundert. Nicht nur waren die im Entwurf vorgesehenen Rechtsgrundlagen zum Teil mangelhaft oder verstießen gegen europäisches Recht, auch wurde umgehend von zahlreichen technischen Experten dargelegt, dass ein Teil der Ermittlungsmaßnahmen technisch in der vorgeschlagenen Fassung überhaupt nicht umsetzbar sei.

Nachdem die Diskussion um die Ausweitung der Ermittlungsmaßnahmen, trotz vorläufigem Verhandlungsstopp angesichts der Ablehnung durch sämtliche Oppositions- sowie eine Regierungspartei, hiermit nicht beendet ist, wird die ISPA die weiteren Entwicklungen intensiv verfolgen und weiterhin konstruktive Kritik einbringen.

Eckpunkte

›Quick Freeze‹

Unter dem Begriff ›Quick Freeze‹ soll eine Form der Anlassspeicherung von Telekommunikationsdaten eingeführt werden, nach der Betreiber auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Verkehrsdaten für einen bestimmten Zeitraum aufzubewahren hätten. In Anbetracht der kürzlich erfolgten Entscheidung des EuGHs in der Rechtssache Tele2 Sverige/Watson (siehe Info-Kasten) darf die Speicherung von Verkehrsdaten jedoch nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität angeordnet werden und müssen die Daten jedenfalls auf das Notwendigste beschränkt werden. Davon umfasst ist neben den Kategorien der zu speichernden Daten, den erfassten Kommunikationsmitteln und der Speicherdauer auch die Anzahl der betroffenen Personen. Im Entwurf des Sicherheitspakets kann diesbezüglich

jedoch schon die Speicherung pro forma bei einem Anfangsverdacht, dass eine Straftat begangen werde, angeordnet werden, um den potentiellen Beschuldigten anschließend ausfindig zu machen. Dies hätte zur Folge, dass die Daten zahlreicher Unbeteiligter gespeichert werden, ohne dass diese mit einer Straftat in direktem Zusammenhang stehen.

Überwachung verschlüsselter Kommunikation

Dieser Punkt wurde medial am heftigsten diskutiert. Grund hierfür ist weniger die Diskussion, ob verschlüsselte Kommunikation überhaupt überwacht werden soll, sondern die technische Ausgestaltung der Überwachung. Diese sollte gemäß dem Entwurf mittels einer Überwachungssoftware ermöglicht werden, die ohne Kenntnis des Verdächtigen auf dessen Endgerät installiert wird. Für die Ferninstallation einer solchen Software müssten dabei jedoch entsprechende Sicherheitslücken auf den Endgeräten ausgenutzt werden. Dies würde zum einen bedeuten, dass solche Sicherheitslücken offengehalten werden anstatt sie dem jeweiligen Unternehmen zu melden. Die Auswirkungen solch bewusst nicht geschlossener ›backdoors‹ haben sich zuletzt anhand krimineller Cyber-Attacken mittels Ransomware (›WannaCry‹ bzw. ›Petrwrap‹) gezeigt, die vor kurzem enormen Schaden für die Wirtschaft verursacht haben. Zum anderen wird hierdurch auch ein Markt für Sicherheitslücken gefördert, was sowohl die Investitionen des Staates als auch der Unternehmen in die Bemühungen um bestmögliche Cybersicherheit konterkariert.

Prepaid-SIM-Karten

Dem Aufwand, welcher mit der Registrierung von Prepaid-SIM-Karten verbunden ist, steht kein entsprechender Nutzen in der Strafverfolgung gegenüber. Hiervon zeugt etwa die Erfahrung in Ländern wie Mexiko, in welchen die verpflichtende Registrierung vorübergehend eingeführt und anschließend mangels Erfolg wieder aufgehoben wurde. Grund hierfür ist, dass es Kriminellen oftmals ein Leichtes ist, sich unter falschem Namen bei der Registrierung auszuweisen und lediglich ein Schwarzmarkt für Prepaid-SIM-Karten, oftmals aus gestohlenen Mobilfunkgeräten, generiert wird.

Andererseits ist die Registrierung für Mobilfunkbetreiber mit enormem Aufwand verbunden und benachteiligt insbesondere MVNOs, die in ihrem Geschäftsmodell auf die Verwendung von Prepaid-SIM-Karten setzen und diese in erster Linie über den Einzelhandel, speziell in Supermärkten, vertreiben.

Dieser Vertriebsweg würde durch die Registrierungspflicht stark erschwert werden.

Verkehrsmanagementmaßnahmen

Um es Access-Providern zu ermöglichen, auf Wunsch ihrer Kundinnen und Kunden Internetfilter – speziell zur Einhaltung des Jugendschutzes – anzubieten, sollte durch eine Novellierung des Telekommunikationsgesetzes eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden. Diese sollte es Access-Providern erlauben, auch zur Vermeidung von strafrechtlichen Handlungen aktiv in den Datenverkehr einzugreifen (Verkehrsmanagementmaßnahmen).

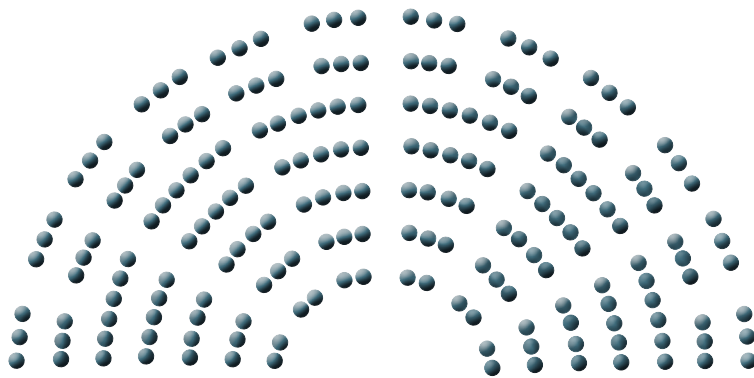
Obwohl die Internetwirtschaft es grundsätzlich begrüßt, dass hierdurch die Möglichkeit zum Angebot zusätzlicher Produkte geschaffen werden sollte, war es überraschend, wie deutlich der Entwurf gegen die europarechtlichen Vorgaben zur Netzneutralität verstößt, welche einen solchen Eingriff nur im Rahmen einer gesetzlichen Verpflichtung zulassen. Darüber hinaus sollte auch die Vermeidung von Urheberrechtsverletzungen als einer der Gründe für Verkehrsmanagementmaßnahmen herangezogen werden, für welchen in diesem Bereich jedoch keine Anwendung besteht. Denn unter den Nutzerinnen und Nutzern besteht grundsätzlich keine Nachfrage nach Filtern, welche den Zugang zu potentiell urheberrechtsverletzendem Material sperren.

Kosten

Zahlreiche der vorgesehenen Novellierungen verlangen zum Teil hohe Investitionen von Seiten der Betreiber, welche diese ausschließlich in Erfüllung ihrer Mitwirkungspflicht an staatlichen Aufgaben beisteuern. In den Gesetzesentwürfen wurde bislang noch nicht klargestellt, wie und in welchem Ausmaß die Kosten der Betreiber durch den Staat ersetzt werden. ■

Verbundene Rechtssache *Tele2 Sverige AB gegen Post-och telestyrelsen (C 203/15)* und *Secretary of State for the Home Department gegen Tom Watson (C 698/15)*

- Mitgliedstaaten dürfen **keine allgemeine Verpflichtung der Telekommunikationsbetreiber zur Vorratsdatenspeicherung** vorsehen, da dies gegen Art 5 (1) ePrivacy RL (Vertraulichkeit der Kommunikation) sowie das Grundrecht auf Privatleben, Datenschutz und Meinungsfreiheit (Art 7, 8 u 11 GRC) verstößt (Rz 85, 100, 134).
- Bei Art 15 ePrivacyRL handelt es sich um eine Ausnahmebestimmung, die Vorratsdatenspeicherung nur unter bestimmten Umständen (Schutz der nationalen Sicherheit) zulässt. Ein generelles Abkommen von den Verpflichtungen nach Art 5 (1) kann dadurch aber jedenfalls nicht gerechtfertigt werden, **die Ausnahme darf nicht zur Regel werden** (Rz 89).
- Vorratsdatenspeicherung ist nur zulässig, wenn sie **zielgerichtet** auf den Schutz der öffentlichen Sicherheit vor schweren Straftaten und **auf die notwendigsten Daten beschränkt** wird und zudem bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Dies umfasst beispielsweise eine vorgelagerte Überprüfung durch ein/e unabhängige/s Gericht/Behörde sowie die Einhaltung von Datenlokalisierungsvorschriften – Speicherung der Daten innerhalb der EU (Rz 108f).



Digitale Ausblicke der österreichischen Parteien

Internet und Digitalisierung haben in den letzten Jahren Wirtschaft und Gesellschaft stark verändert und werden auch in Zukunft großen Einfluss auf viele Lebensbereiche haben. Der Umgang der Politik mit diesen Themen wird für die weitere Entwicklung unseres Landes ganz wesentlich sein.

Die ISPA hat daher anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahl alle wahlwerbenden Parteien und Listen, die österreichweit kandidieren, gebeten durch die Beantwortung von zehn Fragen ihre Einstellungen, Meinungen und Pläne zur Digitalisierung in Österreich zu verraten. Sieben Parteien haben unsere Fragen beantwortet, zwei haben trotz Urgenz nicht reagiert und von einer haben wir ein kurzes Statement erhalten. Hier eine Auflistung in alphabetischer Reihenfolge:

FLÖ (Freie Liste Österreich & FPS Liste Dr. Karl Schnell)

Wir haben keine Reaktion erhalten.

FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)

Gerhard Deimek, Abgeordneter zum Nationalrat mit den Arbeitsschwerpunkten Forschung, Technologie und Innovation sowie Verkehr, hat unsere Fragen beantwortet.

G!LT (Liste Roland Düringer – Meine Stimme Gilt)

Andreas Weinberger hat uns folgendes Statement geschickt:

»Bei G!LT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.«

Grüne (Die Grünen – Die Grüne Alternative)

Ruperta Lichtenegger, Nationalratsabgeordnete und Forschungs- und Wirtschaftssprecherin der Grünen, hat unsere Fragen beantwortet.

KPÖ-PLUS (Kommunistische Partei Österreichs und Plattform PLUS – offene Liste)

Mirko Messner, Bundessprecher und Spitzenkandidat der KPÖ, hat unsere Fragen beantwortet.

ÖVP (Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei)

Die Antworten wurden uns von Klubreferent Lucas Weigerstorfer übermittelt.

NEOS (NEOS - Das Neue Österreich gemeinsam mit Irmgard Griss, Bürgerinnen und Bürger für Freiheit und Verantwortung)

Michael Bernhard, Nationalratsabgeordneter und Sprecher für Familie, Petitionen und Bürgerinitiativen, Umwelt und Verkehr, hat unsere Fragen beantwortet.

Pilz (Liste Peter Pilz)

Hannes Werthner, Professor für e-commerce an der TU Wien, hat unsere Fragen beantwortet.

SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs)

Philip Kucher, Abgeordneter zum Nationalrat und Bereichssprecher für Forschung, Technologie & Innovation, hat unsere Fragen beantwortet.

Weiß (Die Weissen – Das Recht geht vom Volk aus. Wir alle entscheiden in Österreich. Die Volksbewegung.)

Wir haben lediglich eine automatische Danke-E-Mail erhalten.

Nachstehend finden Sie die zehn Fragen und alle Antworten dazu. Auch wenn diese teilweise sehr ausführlich ausgefallen sind, geben wir sie ungekürzt und im Originalwortlaut wieder. Die Reihenfolge der Antworten ergibt sich aus der derzeitigen Anzahl an Abgeordneten im Nationalrat, aufgrund des Mandatsgleichstands von SPÖ und ÖVP haben wir die Partei, die aktuell den Bundeskanzler stellt, vorgereiht.

1. Welche Bedeutung messen Sie der Digitalisierung basierend auf der Internet-Entwicklung für die Wirtschaft und die Gesellschaft Österreichs bei?



Die digitale Revolution verändert die globale Wirtschaft und die Gesellschaft, sie verändert das soziale Leben und hat Einfluss auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Sie durchdringt alle Lebensbereiche von der Fabrik über den Arztbesuch bis zum Geschirrspüler daheim.

Digitalisierung kann die Lebensqualität und Teilhabe der Menschen erhöhen. Wir wollen die Digitalisierung auch nutzen, um gut bezahlte Arbeitsplätze nach Österreich zu holen. Aktuelle Studien des BKA und BMVIT zeigen: mit den richtigen Schritten schaffen wir das!



Alleine in den Jahren 1999 – 2010 sind auf Grund der Digitalisierung in der Europäischen Union netto 10 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Schon alleine an dieser Zahl sehen wir, dass die Digitalisierung Grundlage für unseren Wohlstand sein wird. Diese Chance müssen wir ergreifen und als Politik die Rahmenbedingungen dafür bereitstellen.



Österreich ist bei der Umsetzung der Digitalisierung ein Nachzügler. Deshalb wird es notwendig sein, diesem Bereich eine sehr hohe Bedeutung in den nächsten Jahren zu geben: In der Schule, an den Universitäten, bei der Forschung und vor allem auch bei der Berufsausbildung.



Der schnelle Digitale Wandel und die umfassende digitale Vernetzung haben weitreichende Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitswelten und Gesellschaft. Jetzt muss es gelingen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten.



Die Digitalisierung ist eine der großen Herausforderungen und insbesondere Chancen unserer Generation. Sie beeinflusst unser Leben im Privaten, unsere Bildung, den Zugang zu Informationen und die Arbeitswelt in einem Ausmaß, durchaus vergleichbar mit der industriellen Revolution. Österreich muss hier eine echte Vorreiterrolle einnehmen. Von der Vermittlung grundlegender Kompetenzen ab dem Kindergartenalter über die virtuelle Verwaltung bis zu einer digitalen Gründernation. Das können wir und wollen wir in der kommenden Legislaturperiode auf Schiene bringen. Ob wir aber im Konzert der Weltwirtschaft eine Rolle spielen, hängt im Wesentlichen von der Europäischen Union ab. Die derzeitigen Bemühungen der Kommission im Bereich digitaler Binnenmarkt sind für mich nicht zufriedenstellend.

Ebenfalls zu beobachten ist, dass sich aufgrund der raschen Entwicklung neuer Wirtschaftszweige teilweise Monopolstellungen entwickelt haben. Diese erschweren einen dynamischen, fairen Wettbewerb. Wir NEOS werden hier bestehendes Wettbewerbsrecht konsequent einfordern und entsprechend anpassen. Innovationen und der freie Markt müssen auch bei digitalen Angeboten entsprechend geschützt werden.



Wir messen der Digitalisierung zentrale Bedeutung zu, sie führt zu einer Veränderung der Gesellschaft. Deshalb sind auch mit Univ.Prof. Hannes Werthner, Professor für e-commerce der TU Wien, und anderen KandidatInnen ausgewiesene ExpertInnen auf der Liste Pilz.



Der Digitalisierungsschub ist für die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft von allerhöchster Bedeutung. Die Entwicklung des Internets ist, zumindest aus technischer Sicht, neben den jüngsten Fortschritten im Bereich künstlicher Intelligenz die wichtigste Säule dieser Entwicklung. Die unglaubliche Steigerung der Produktivität, die durch diese Technologien erreicht wird, ist sowohl eine enorme Chance für die Menschheit als auch eine extreme Gefahr.

2. Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Projekte, die in diesem Bereich am dringendsten verwirklicht werden müssen?



Österreich soll zu einem Vorreiter der Digitalisierung werden und in die Top-10 der Welt aufsteigen. Im Digitalisierungs-Ranking der Europäischen Kommission belegt Österreich derzeit Platz 10 von 28, der Sektor Staat ist bereits auf dem 5. Platz und somit führend. Österreichische Leitbetriebe sind in der digitalen Produktion führend, der KMU-Sektor hat noch Aufholbedarf.

Um unter die Top 10 zu kommen, bedarf es Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Industriepolitik, Ausbildung und Qualifizierung, digitale öffentliche Leistungen sowie Arbeitswelt 4.0:

1. Infrastruktur und Industriepolitik
 - a. Breitbandmilliarde für den Infrastrukturausbau
 - b. Österreich wird 5G-Vorreiter: Entwicklung einer 5G-Strategie und 5G-Verfügbarkeit in jeder Landeshauptstadt ab 2020
 - c. Stärkung österreichischer Industrie bei Schlüsseltechnologien wie Electronic Based Systems (EBS) durch Initiativen wie das ›Silicon Austria‹ Forschungszentrum.
 - d. Förderung der Umstellung von österreichischen Unternehmen auf Industrie 4.0
2. Bildung und Qualifizierung
 - a. Umsetzung der ›Schule 4.0‹ des Bildungsministeriums, gut ausgestattete und vernetzte Schulen, digitale Grundbildung, gratis E-Learning Materialien, sowie zeitgemäßer Aus- und Weiterbildung von PädagogInnen
 - b. Steigerung der jährlichen MINT-AbsolventInnen (Mathematik, Informatik, Technik und Naturwissenschaften) um 30 Prozent
3. Digitale öffentliche Leistungen
 - a. Österreichs Spitzenposition bei E-Government und E-Health weiter stärken (z.B. Data Only Once – Daten müssen Behörden nur einmal gemeldet werden)
 - b. Forcierung einer umfassenden Open-Data-Strategie
4. Neue Regeln für neue Arbeitswelten (Arbeit 4.0)
 - a. Sicherstellen der sozialen Absicherung für neue, digitale Arbeitsformen (Crowdworking etc.)
 - b. Klare Regeln gegen die Entgrenzung zwischen Arbeits- und Privatleben

Die neue Volkspartei

Grundlage für die Digitalisierung ist eine gut ausgebaute Infrastruktur. Hier gibt es klar Aufholbedarf, gerade in ländlichen Regionen. Dafür braucht es unter anderem geänderte Rahmenbedingungen im Telekommunikationsgesetz, wie wir sie bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen haben. Auch was das Thema 5G anbelangt, benötigen wir zeitnahe eine gut durchdachte Strategie mit klaren Zielsetzungen und Maßnahmen. Darüber hinaus braucht es aber auch Maßnahmen, um Digitalisierung voran zu treiben. Beginnend bei Bildung und der Vermittlung von digitalen Kompetenzen über die Unterstützung in der digitalen Transformation von KMUs und dem gezielten Einsatz in Bereichen wie bspw. Verkehr oder Gesundheit.



- Entwicklung digitaler Qualifikationen (in Ausbildung/Berufsbildung, Weiterbildung/Erwachsenenbildung, Lehrendenausbildung)
- Förderung von Anwendungen neuer IKT-Lösungen (z.B. Verkehrsbereich, Telemedizin, ...)
- Attraktive und innovationsfreundliche Steuergestaltung



Zuerst braucht es flächendeckend in ganz Österreich leistungsstarke Breitbandnetze, das sind die Lebensadern des Digitalen Wandels. Besonders wichtig ist Bildung und Qualifikation: Bildung und digitale Kompetenzen brauchen die mündigen Bürger*innen sowohl für die Arbeitswelt als auch für den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien. Die Arbeitswelt verändert sich und es braucht Kreativität und Offenheit um Lösungen zu finden, wie diese Änderungen möglichst gut gestaltet werden!

Zudem brauchen wir Schwerpunkte und Fokussierungen in Forschung und Innovation, von der Robotik bis hin zur Cybersicherheit, um vorne mit dabei zu sein. Besonders wichtig ist es, die kleinen und mittelständischen Unternehmen am Weg in die digitale Zukunft zu unterstützen, z.B. mit spezifischen Förderprogrammen.



Ein großes Anliegen ist uns die Transparenz im Bereich der Verwaltung – hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle. Verwaltung soll möglichst schnell flächendeckend auf E-Government umgestellt werden. Ein Digitalministerium, das den bundesweiten Überblick hat, wäre ein erster wichtiger Schritt. Digitalisierung ist mehr als ein Kommunikationsweg und eine Ansammlung an Applikationen. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich diesem Schritt anpassen. Zersplitterte Zuständigkeiten sollen bei Behörden minimiert werden. Einem einfacheren, transparenteren, effizienteren Staat hilft die Digitalisierung deutlich auf die Sprünge.

Auch beim Stichwort Cybersecurity und Datenschutz gibt es große Projekte. Hier ist es uns besonders wichtig auf nationaler und europäischer Ebene darauf zu achten, dass unsere Bürger_innen nicht in das Visier von orwell'scher Massenüberwachung fallen. Grundsatz muss bleiben, keine Überwachung oder Datenspeicherung ohne Verdacht. Derzeit führen wir Liberale diesen Kampf leider alleine. Auch in der Digitalisierung bleibt Bildung unser zentrales Anliegen. Sowohl Schüler_innen als auch Lehrer_innen besitzen heute bereits die nötige digitale Kompetenz, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und den richtigen Umgang damit zu erlernen bzw. zu lehren. Ungelöst ist heute noch die notwendige Ausstattung; diese gilt es in Zukunft ohne Wenn und Aber zu gewährleisten. Hierbei wird es nicht reichen Schulbücher einfach durch Tablets zu ersetzen. Es braucht ganzheitliche Konzepte für die Lehre der Zukunft. Nur ein tieferes Verständnis der Materie bereitet unseren Nachwuchs auf die Herausforderungen der Zukunft vor.



Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, und es geht darum, digitale mit sozialer Innovation zu verbinden. Wir planen Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Demokratie, Forschung und Innovation.



Die hohe Produktivität muss gesellschaftlich sinnvoll genutzt werden. Die weniger werdende Arbeit muss mittels radikaler Arbeitszeitverkürzung besser aufgeteilt werden und der geschaffene Reichtum muss uns allen zugute kommen. Darüber hinaus muss auch sichergestellt werden, dass die neuen Technologien den Menschen zugute kommen und nicht benutzt werden, um uns zu überwachen und zu manipulieren. Konzerne wie Google, Facebook, Microsoft, Apple sollten vergesellschaftet werden und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Die Verwendung von Freier Software/Open Source Software (FLOSS) sollte möglichst gefördert und in gewissen Bereichen sogar verpflichtend sein. Hardware-Hersteller müssen zur Dokumentation ihrer Produkte und zur Bereitstellung von FLOSS-Referenztreibern verpflichtet werden.

3. Wie soll ein Breitbandzugang zum Internet für alle und überall geschafft werden?



Digitale Infrastruktur ist die Grundlage der Digitalisierung. Durch die Förderungen im Rahmen der Breitbandmilliarde werden in ganz Österreich bis 2020 Datenraten von mindestens 100 Mbit flächendeckend zur Verfügung stehen.

Die Datenübertragung steht derzeit mit dem 5G-Mobilfunkstandard am Beginn des nächsten Technologiesprungs. Unser erklärtes Ziel ist es, dass Österreich zum europäischen Vorreiter dieser neuen Technologie wird. Das hilft nicht nur den NutzerInnen durch bessere Datenverbindungen, sondern es ermöglicht auch die Etablierung von ganz neuen Anwendungsfeldern. Auf der Infrastrukturseite werden wir das Erreichen dieser Vorreiterstellung durch die Erleichterung der Platzierung von Sendeanlagen und Leitungen, durch beschleunigte Infrastruktur-Genehmigungsverfahren sowie regulatorische Anpassungen vorantreiben. Zusätzlich werden wir auch die Erforschung von Anwendungsbereichen unterstützen. Diese Ziele sollen in einer 5G-Strategie der Bundesregierung enthalten sein.



Im Evaluierungsbericht der Breitbandförderung des Bundes wurden gut durchdachte Maßnahmen vorgeschlagen, die es jetzt umzusetzen gilt. Neben den legislativen Änderungen für einen schnelleren, einfacheren und unbürokratischeren Ausbau von Hochleistungsnetzen müssen wir auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Breitbandinternet schärfen.



Durch einen weiteren Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur v.a. im ländlichen Raum (Verringerung der digitalen Kluft Stadt/Land)



Durch eine weitere Intensivierung der bisherigen Bemühungen in diesem Bereich – Stichwort Breitbandmilliarde. Es braucht eine massive Steigerung der Mittel und eine Fokussierung der Förderungen auf die ländlichen Regionen!



Um Österreich an die Spitze der Digitalisierung zu bringen, wollen wir die dafür notwendigen Infrastrukturinvestitionen fördern. Gerade im ländlichen Raum rechnen sich Investitionen aus marktwirtschaftlicher Sicht nicht. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Für uns NEOS gilt, dass wir den bundesweiten Breitbandausbau beschleunigen wollen und dies technologieunabhängig, damit auch in der Infrastruktur ein ehemaliges Monopol nicht zum Hauptfördernehmer wird. Das macht die Republik abhängig und ist volkswirtschaftlich ungesund.



Österreich hinkt beim Breitbandausbau – nach diversen EU Vergleichen und auch genutzten Technologien – hinten nach. Hier wurde vieles versäumt, und es muss massiv investiert werden – für einen freien, nicht zensurierten und auch schnellen Zugang für alle. Der Ausbau soll ›technologieneutral‹ erfolgen.



Im städtischen Bereich klappt der Breitbandzugang schon relativ gut. Im ländlichen Bereich bedarf es wohl der Unterstützung durch die öffentliche Hand. Wichtig ist, dass diese öffentlichen Investitionen auch direkt den Menschen am Lande zugute kommen und nicht in den Taschen großer ISPs versanden. Insbesondere muss der Zugriff auf die gemeinnützigen Kooperativen und Non-Profit ISPs wie Funkfeuer oder Aconet möglich sein.

4. Wie bewerten Sie die Rolle des fairen Wettbewerbs bei der Breitbandversorgung Österreichs?



Fairer Wettbewerb ist eine wesentliche Voraussetzung für eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Breitbandversorgung in Österreich. Insbesondere seit der Einführung von LTE ist am österreichischen Telekommunikationssektor ein zunehmender Wettbewerb zwischen Festnetz- und Mobilfunkangeboten mit positiven Auswirkungen für die KonsumentInnen zu beobachten.



Die Volkspartei steht für einen fairen Wettbewerb unter den heimischen Netzbetreibern und ist gegen eine wettbewerbsbeeinflussende Vergabe der Breitbandförderung. Die Förderkriterien müssen daher danach ausgerichtet sein, dass sie den Wettbewerb nicht vermindern, sondern ihn im Gegenteil sogar ankurbeln.



Insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Mittel (zB Breitbandmilliarde) muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Monopolisierung kommt.



Selbstverständlich muss es kleineren Anbietern möglich sein, bestehende Netze zu fairen Konditionen zu nutzen und am Markt tätig zu werden. Fairer Wettbewerb sorgt für ein breites Angebot für die Konsumentinnen und Konsumenten, wodurch die Leistbarkeit eines Internetzugangs sowie die technologische Weiterentwicklung sichergestellt werden.



Die Geschichte des Internets zeigt, dass offene Standards und Interoperabilität (Möglichkeit der Zusammenarbeit von verschiedenen Systemen) die beste Basis für Innovation und Wettbewerb sind. Es braucht den Mut, geschlossene und proprietäre Systeme ab einer gewissen Größe zu öffnen, um technisch bedingtem unfairen Wettbewerb (z.B. Lock-In-Effects, Gatekeeper) entgegenzutreten. Sogar im Rahmen der Breitbandstrategie 2020 raten OECD Expertinnen und Experten dazu, den Wettbewerbseinstieg für Breitbanddienstleistungen/-anbieter zu erhöhen und zu erleichtern. Das europäische Prinzip der Netzöffnung ist nicht auf physische Infrastruktur beschränkt und soll auch auf virtuelle Netze und

Plattformen angewandt werden können, sodass verschiedene Anbieter auf Augenhöhe um ihre Kund_innen konkurrieren können. Österreich wird im Rahmen der europäischen Vorgaben die Netzneutralität konsequent umsetzen. Der Staat unterstützt diese Entwicklungen und arbeitet selbst mit offenen Systemen.



Hoch, hier sollten sogenannte Incumbents (also bereits länger am Markt etablierte Betreiber) nicht bevorzugt werden.



Dass die ÖVP und ihre Schwesterparteien in der EEP auf EU-Ebene das Prinzip der Netzneutralität abgeschafft haben, ist ein Skandal. Wir als KPÖ PLUS lehnen das Profit- und Marktprinzip als vermeintliches Mittel um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen grundsätzlich ab. Langfristig muss das herrschende Wirtschaftssystem überwunden werden. Für die unmittelbare Zukunft begrüßen wir Rahmenbedingungen, die es auch kleinen ISPs ermöglichen, wirtschaftlich zu überleben, und die offen für Non-Profit ISPs und entsprechende gemeinnützige Kooperativen sind.

5. Welche Bedeutung messen Sie den kleinen und mittleren Unternehmen bei der Breitbandversorgung und beim Breitbandausbau in Österreich bei?



Zwei Drittel der rund 330.000 heimischen KMUs haben noch keinen Zugang zum Glasfasernetz. Deren Anbindung ist oft mit umfangreichen tiefbaulichen Maßnahmen und somit erheblichen Kosten verbunden. BM Leichtfried hat deswegen im Mai 2017 die bisherigen Programme im Rahmen der Breitband Austria 2020 Strategie um das Anbindungsförderungsprogramm Connect ergänzt (Dotierung: 30 Mio. Euro). Ziel dieses Förderungsprogrammes ist die deutliche Reduktion der einmaligen Kosten zur Herstellung von nachhaltigen und zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen für KMU.



Wenn es um eine umfassende Versorgung mit Breitband in Österreich geht, brauchen wir einen nationalen Schulterschluss. Gerade kleine und mittlere Betriebe, die direkt in den Regionen tätig sind, spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Modelle des Breitbandausbaus wie in Niederösterreich sind offen für regionale KMUs als Betreiber oder Dienstanbieter. Das schafft Chancengleichheit unabhängig von der Unternehmensgröße.



So wie in allen wirtschaftlichen Feldern sind die österreichischen KMUs auch in diesem Bereich ein wichtiger Faktor. Speziell im Förderbereich (siehe auch Frage 4) muss das stärker berücksichtigt werden.



Den kleinen und mittleren Unternehmen kommt hier eine zentrale Rolle zu. Die stark aufgestellten KMUs mit ihrer Flexibilität und dem Agieren vor Ort und in der Region sind das Rückgrat der Österreichischen Wirtschaft – das gilt auch in diesem Bereich.



In allen Branchen und Unternehmensgrößen wird heute eine ausgezeichnete Breitbandversorgung vorausgesetzt. Dass diese häufig noch nicht gegeben ist, nehmen Unternehmer/innen oft aus Loyalität gegenüber der Region hin. So lange sie können. Irgendwann wird diese Loyalität nicht mehr ausreichen, um Wettbewerbsnachteile betriebswirtschaftlich ignorieren zu können. Dann werden jene Dienstleistungsbetriebe, die täglich größere Datenmengen austauschen, Gewerbebetriebe, die in der Produktion stabile Breitbandleitungen brauchen und selbst touristische Betriebe, deren Gäste ein ordentliches W-LAN erwarten, entweder den Standort aufgeben müssen oder sogar den Betrieb einstellen. Rascher Handlungsbedarf ist also gegeben.



Siehe Frage 4, dies ist vor allem auch im ländlichen Raum von Bedeutung.

6. Wie sehen Sie den scheinbaren Widerspruch zwischen Sicherheit und Freiheit im Internet? Sollen Tätigkeiten und Inhalte im Internet noch stärker überwacht werden?



Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Freiheit braucht Sicherheit, Sicherheit jedoch muss Freiheit schützen. Es geht also um die Frage, wie wir beides miteinander so in Einklang bringen können, dass das eine dem anderen dienen kann. Fakt ist: Das Internet ist national schwer rechtlich zu fassen, internetbasierte Kommunikation (WhatsApp usw.) wird immer mehr genutzt, Strafverfolgungsbehörden haben rechtlich keine Möglichkeit, diese Art der Kommunikation zu überwachen, während sich auf vielen Ebenen der politischen Debatte die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf (bspw. bei Hasspostings). Soll das Internet aber kein rechtsfreier Raum sein, so kann es auch kein verfolgungsfreier Raum bleiben. Wir brauchen daher neben verbesserten Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung klare und starke Schranken für den Eingriff der nationalen Staatlichkeit, ein starkes europäisches Datenschutzregime und effektive Rechtsschutzmöglichkeiten für Betroffene. Gleichzeitig müssen wir überlegen, wie weit die Freiheit von Großkonzernen gehen darf, Unmengen von Daten zu sammeln.



Es gibt weder die absolute Sicherheit noch die grenzenlose Freiheit! Weder offline noch online. Jede Überwachungsmaßnahme muss einer Güterabwägung unterliegen, muss der Zielsetzung entsprechen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Klar ist, in den letzten Jahren ist die terroristische Bedrohung in der Europäischen Union massiv angestiegen. Auch in Österreich spüren wir dies. Organisierte Banden oder terroristische Vereinigungen nutzen dabei ebenso die Möglichkeiten modernster Technologie. Daher müssen wir unseren Ermittlungsbehörden das notwendige Rüstzeug geben, damit sie diese auch bekämpfen können. Dies ist klar anlassbezogen und es muss durch Rechtsschutzmaßnahmen sichergestellt werden, dass kein Eingriff in die verfassungsrechtlich gewährten Grundrechte stattfindet.



Es ist sorgsam darauf zu achten, dass es nicht zu überbordenden Überwachungsmaßnahmen (wie z.B. die völlig überschießend gewesene Vorratsdatenspeicherung) kommt. Überwachungen dürfen nur bei konkreten Verdachtsfällen und nur auf Grundlage eines Gerichtsbeschlusses durchgeführt werden.



Wir sehen die geplanten Maßnahmen (Stichwort: »Bundestrojaner«) in höchstem Maße kritisch: durch den Handel mit Sicherheitslücken dürften diese sogar kontraproduktiv sein. Das hohe Datenschutzniveau in Österreich ist nicht nur im Lichte des Grundrechtsschutzes wichtig, sondern auch ein beachtlicher Standortvorteil Österreichs bei High-Tech Gründungen. Hier gilt es aus unserer Sicht vielmehr durch intensive Gespräche mit den Stakeholdern technisch sinnvolle und datenschutzrechtlich vertretbare Maßnahmen zu erarbeiten, die ein Mehr an Sicherheit unter Wahrung des Datenschutzes bringen.



Die Ansprüche an die Gewährleistung der Sicherheit für Österreich und für Europa schneiden sich. Wir setzen uns für eine Verteidigungsunion ein, denn Terror und Extremismus kennen keine Landesgrenzen. Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene müssen besser zusammenarbeiten. Dies muss jedoch ohne Massenüberwachung unbescholtener Bürger_innen passieren. Überwachung ohne Verdacht darf nicht zur Normalität werden. Eine großflächige Überwachung wie in den USA ist eine failed policy – es muss gelten, wer sich nichts zu Schulden hat kommen lassen, von dem sollte nichts gespeichert werden. Überwachungsmaßnahmen, vor allem unter dem Deckmantel der allgemeinen Sicherheit, müssen kritisch evaluiert werden und dürfen nicht dem Geltungsbedürfnis der Ministerien unterliegen. Cybersecurity muss ernst genommen werden, dazu gehört auch die Kritik dieser. Hierbei brauchen wir mehr Expertise in den Ministerien und müssen das Erlangen dieser auch explizit fordern und fördern.



Kurz und bündig: Nein



Sicherheit und Freiheit sind auch für uns, wie in der Fragestellung schon angedeutet, nur scheinbare Gegensätze. Gerade die jüngsten Ereignisse zeigen wieder, wie sehr der Überwachungswahn der Sicherheit im Netz schadet. Dort, wo künstliche Schwachstellen eingebaut werden oder wo bekannte Schwachstellen bewusst nicht behoben werden, weil es den Geheimdiensten bei der Überwachung hilft, geht das immer auf Kosten der Sicherheit. Wir benötigen hier eine völlig neue Politik. Alle Akteure müssen gesetzlich verpflichtet werden die Sicherheit des Netzes als oberste Priorität zu sehen. Nur dann haben wir eine Chance, frei von Überwachung zu kommunizieren. Im Zweifelsfalle halten wir es sinngemäß mit Benjamin Franklin: Wer die Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.

7. Muss man Ihrer Meinung nach bei einer Überwachung im Internet die Einschränkung der Grund- und Menschenrechte in Kauf nehmen?



Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit gelten offline wie online. Das bedeutet, dass ein Grundrecht nur dann eingeschränkt werden kann, wenn es eine gesetzliche Grundlage gibt und der Eingriff gleichzeitig einem öffentlichen Interesse dient (z.B. Hintanhalten von Cyberkriminalität) und dabei auch verhältnismäßig ist. Überschreitet die Staatlichkeit diese Grenze, muss es effektive Rechtsschutzmöglichkeiten geben, diese Grenzverletzung zu ahnden.



Selbstverständlich sind die Grund- und Menschenrechte auch im Internet sicherzustellen. Daher sind klare Rechtsschutzmaßnahmen, die einen Schutz der Grund- und Menschenrechte garantieren, wichtige Eckpfeiler in der Sicherheitspolitik der Volkspartei.



Unbescholtene Bürger dürfen keinesfalls unter Generalverdacht gestellt werden, deren Grund- und Menschenrechte dürfen daher nicht eingeschränkt werden.



Aus den bereits zu Frage 6 genannten Erwägungen lautet unsere Antwort auch hier: Nein.



Nein. Das Grundrecht auf Datenschutz im Sinne der informationellen Selbstbestimmung ist ein zentrales Thema der Digitalisierung. Wir wollen, dass die Bürger_innen die Hoheit über ihre Daten behalten und entscheiden, wer welche Daten bekommt. Nur mit dem daraus resultierenden Vertrauen in moderne Technologien und in die Verantwortungsträger_innen ist eine Transformation möglich. Der Alltag der Menschen wird immer stärker von der digitalen Welt durchdrungen und die Überwachungsmöglichkeiten werden immer vielfältiger, einfacher und kostengünstiger. Wir werden strenge rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die die Bürgerrechte wahren und dem gläsernen Menschen eine Absage erteilen. Gleichzeitig ist ein Informationsgefälle zwischen Staat und Bürger_innen durch umfassende Transparenzregelungen und ein Grundrecht auf Informationsfreiheit zu verhindern.



Kurz und bündig: Nein



Nein. Die Menschenrechte stehen hier an oberster Stelle. Überwachung im Internet, ebenso wie Offline, darf nur im Einzelfall und auf richterliche Anordnung erfolgen.

8. Durch welche Rahmenbedingungen können gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und fairer Wettbewerb für alle Anbieter gesichert werden?



Um gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und fairen Wettbewerb für alle Anbieter zu sichern, müssen die Rahmenbedingungen für Betreiber verschiedener Größe und mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen gleichermaßen verträglich sein.

Durch die bessere Verfügbarkeit von Hybridprodukten, Produktbündeln und Festnetzzugangsersatz wird der Wettbewerb zwischen Festnetz und Mobilfunk nachhaltig abgesichert, aber auch die Möglichkeit geschaffen, im Anschlussbereich des Festnetzes Glasfaser näher zu den KundInnen auszubauen, besonders auch beim 5G Rollout. Im Telekommunikationssektor ist auch das Prinzip der Technologieneutralität einzuhalten.



Wie bereits oben ausgeführt benötigen wir nicht nur was die Leitungsrechte anbelangt, sondern auch was beispielsweise überbordende bürokratische Regelungen anbelangt, grundsätzliche Änderungen im Telekommunikationsgesetz. Wir fordern einen schnelleren Ausbau der Leitungen und einen Rückbau der überbordend bürokratischen Regelungen, die oftmals sogar in mehreren Gesetzen festgelegt sind. Auch der Staat muss ein klares Bekenntnis zum Ausbau abgeben und auch in seinem Wirkungsbereich Kosten senken wie bspw. im Bereich Mietkosten für Antennen auf öffentlichen Einrichtungen.



Durch verstärkte KMU-Förderung (z.B.: Zugang zu Infrastruktur und Technologie, Qualifizierungsmaßnahmen, ...)



Damit die Förderungen auch wirklich der ganzen Branche zu Gute kommen, muss ein fairer Zugang zur geförderten Infrastruktur sichergestellt sein. Auch bei der Ausbringung der Infrastruktur selbst dürfen nicht einzelne Unternehmen einen Vorteil aufgrund der Förderausschreibung erhalten. Hier gilt es die Förderrichtlinien der öffentlichen Hand, insbesondere des BMVIT im Rahmen der Breitbandoffensive, weiter nachzuschärfen. Mehr Wettbewerb kommt letztlich auch den EndkundInnen durch niedrigere Verbraucherpreise zu Gute.



Fairer Wettbewerb ist Voraussetzung für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Um Produkte oder Dienste baldigst marktreif zu machen, fehlt oft die Zeit oder die Voraussetzungen. Es folgt ein Scheitern oder ein Stopp der Innovation. Für uns ist es wichtig Monopol Tendenzen zu vermindern und einen (gesetzlichen) Rahmen für eine neue Art von Wettbewerb zu schaffen. Die Bürger_innen sollten auch hier in deren freier Wahl nicht eingeschränkt und bevormundet werden.

Die Ressourcenfrage geht mit jener der Verantwortung und auch der Innovation Hand in Hand.



Hier sind Technologieneutralität, Transparenz in Ausschreibung und Vergabe sowie auch regulatorische Vorgaben (klare und nicht diskriminierende Rahmenbedingungen) wichtig.



Wie schon oben erwähnt: Die Abschaffung der Netzneutralität ist ein Fehler und ein Skandal, der rückgängig gemacht werden muss. Anbieter, die in gewissen Bereichen Monopolstellung zu erlangen drohen, müssen entsprechend reglementiert werden. Es ist eine öffentliche Aufgabe, sicherzustellen, dass alle Menschen einen leistbaren Zugang zu Bandbreite haben. Das kann mit neuen Formen der Bereitstellung einhergehen, etwa mit gemeinnützigen Kooperativen, öffentlichem Eigentum und Non-Profit ISPs.

9. Wie stehen Sie zu den im Rahmen der auf europäischer Ebene gerade diskutierten Novellierung des Urheberrechts geforderten Upload-Filter für Online-Plattformen sowie zur Einführung eines Leistungsschutzrechtes für Presseverleger?



Upload-Filter: Die Intention des Entwurfs ist jedenfalls zu begrüßen. Die Stärkung der Rechteinhaber gegenüber den großen Online-Plattformen, die mit fremden Inhalten ein gutes (Werbe-)Geschäft machen, ohne gleichzeitig für diese Inhalte verantwortlich zu sein, ist ein wichtiger Aspekt. Klar ist, geistiges Eigentum muss geschützt werden. Es ist aber fraglich, ob der derzeitige Entwurf, aufgrund seines doch eher unklaren Anwendungsbereichs bzw. der allgemeinen Formulierungen, nicht mehr Unsicherheit erzeugt, als damit beseitigt wird.

Leistungsschutzrecht: Medien, die durch abwägende und diskursive Berichterstattung die demokratische Willensbildung fördern, leisten einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur. Der Übergang von den Printmedien zu den digitalen Medien stellt den Mediensektor aber zunehmend vor finanzielle Herausforderungen. Es wird in der digitalen Ära von Monat zu Monat schwieriger, redaktionell hergestellte Inhalte zu monetarisieren.

Es war und ist Aufgabe einer Demokratie, sicherzustellen, dass redaktionell gestaltete Medien als Hersteller von Öffentlichkeit eine positive Überlebensprognose erhalten.

Für uns liegt der Weg auf diese Herausforderung zu reagieren, auf einer Neugestaltung der Medienförderung. Das bisherige System in Österreich soll durch eine plattformneutrale Journalismus- und Digitalisierungs-Förderung ersetzt werden. Zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Anzahl der Journalistinnen und Journalisten, die in einem Medienunternehmen zu fairen Bedingungen beschäftigt werden. Die journalistische Aus- und Weiterbildung soll ausgebaut und eine Innovationsförderung etabliert werden, die kreative journalistische Projekte im Onlinebereich anregen soll.

Mit dieser Neugestaltung der Medienförderung reagieren wir auf die zentralen Herausforderungen einer zunehmend digitalisierten Medienlandschaft, sichern die Erstellung von eigens produziertem Content und unterstützen traditionelle Printmedien bei der Umstellung auf digitale Produkte.



Wir stehen zur Bedeutung des geistigen Eigentums und dessen Schutz. Wie dies im Zeitalter der Digitalisierung auf europäischer Ebene am besten bewerkstelligt werden soll, ist derzeit Gegenstand der Diskussionen. Die Vorschläge der EU-Kommission in diesem Zusammenhang sind teils recht umstritten, da sie von manchen als überbordend zur Kontrolle von Urheberrechten wahrgenommen werden, oder etwa sich bereits in der Umsetzung in anderen Ländern als falscher Ansatz herausgestellt haben. Hier sind weiterführende Diskussionen im Sinne aller Beteiligten nötig.



Einen Upload-Filter als Zensurmaßnahme lehnen wir ab. Bzgl. eines Leistungsschutzrechtes stehen wir Diskussionen offen gegenüber.



Das europäische Urheberrecht stammt aus dem analogen Zeitalter und müsste dringend auf einen Stand gebracht werden, der die aktuellen, schnelllebigen Entwicklungen berücksichtigt. Allerdings sind die genannten Maßnahmen ein Schritt in die falsche Richtung. Bei Upload-Filtern besteht die Gefahr, dass die Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt wird. Ein Leistungsschutzrecht würde zu Eingriffen in die Informationsfreiheit führen und ist daher ebenfalls abzulehnen.



Die Digitalisierung hat die Medienlandschaft stark verändert und neue digitale Medien und Plattformen hervorgebracht. Hierbei braucht es die gleichen Wettbewerbsbedingungen und auch rechtliche Rahmenbedingungen für alle Formen von Anbietern.

Plattformen befinden sich zwischen klassischen Medien und reinen Netzwerkdienstleistern, da sie inhaltlich sowohl selektieren und hierarchisieren als auch Träger des Inhalts sind. Wir werden deshalb die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um mit Phänomenen wie gezielte Falschmeldungen,

Urheberrechtsverletzungen oder Hass im Netz umzugehen. Regelungsziel muss die Steigerung der Qualität und Transparenz der Entscheidungen von Plattformen sein.

Wir denken auch über gewisse Pflichten für Plattformen im öffentlichen Interesse nach, wie sie bereits für klassische Medien oder Verbreitungsformen bestehen (z.B. Quoten für objektive Nachrichten, inhaltliche Verpflichtungen, die anerkannten journalistischen Grundsätzen entsprechen, Must Carry Regelungen).

Das immer wieder und auch auf europäischer Ebene diskutierte Leistungsschutzrecht für Verlage ist der Versuch einen analogen Lenkungsmechanismus in einer Branche anzuwenden, die längst vom digitalen Wandel massiv verändert wurde. Dass ein Leistungsschutzrecht diesen Wandel in keinsten Weise gestalten oder gar stoppen kann, zeigt das Beispiel Deutschland. Hier offenbart sich das vor Jahren eingeführte Leistungsschutzrecht für Verlage als völlig wirkungslos: Große Verlage haben sich längst mit Google & Co geeinigt, dass ihr Content auch lizenzfrei auffindbar ist – aus Angst vor Userrückgang.

NEOS sprechen sich klar gegen ein Leistungsschutzrecht aus. Ein solches, wie es etwa von Günther Oettinger als damaliger EU-Kommissar in einer rückwärtsgewandten Urheberrechtsnovelle vorgeschlagen wurde, bedeutet nicht nur Rechtsunsicherheit für Media-Unternehmen (und würde hier das Innovationspotential europäischer Unternehmen beschneiden), sondern auch für Einzelpersonen, die Artikel auf Facebook etc. verlinken. Unter diesem Leistungsschutzrecht würden kleine Medienunternehmen sehr wahrscheinlich vom Markt verdrängt werden. Große Unternehmen einigen sich mit Google & Co über die Lizenzanwendung ihrer Produkte. Kleine Unternehmen verfügen jedoch nicht über diese Verhandlungsmacht und würden als Konsequenz nicht mehr von den Suchmaschinen gelistet werden. Das Leistungsschutzrecht ist kein adäquates Mittel, um jene Herausforderungen zu meistern, vor denen Verlage durch den digitalen Wandel stehen.



Der Upload-Filter hat das Potenzial zur Zensur; wer definiert und wer kontrolliert. Generell wird hier versucht, Versäumnisse in der pro-aktiven Technologiepolitik durch rechtliche sowie einschränkende Maßnahmen zu kompensieren.



Wir sind gegen Upload-Filter. Weder ISPs noch Plattform-Betreiber sollen zu Hilfssherifs bei der Durchsetzung der Profitinteressen der Content-Industrie gemacht werden. Wir sind gegen die Einführung des Leistungsschutzrechtes und auch gegen alle anderen Verschärfungen und Ausweitungen von so genannten »Geistigen Eigentumsrechten«. Im Falle des konkreten Problems wären Modelle, die mit einer öffentlichen Förderung von Contentproduktionen arbeiten und etwa über eine entsprechende Besteuerung von Werbung finanziert werden, denkbar und vernünftiger.

10. Welche Aktivitäten werden Sie setzen, um die digitale Wirtschaft und das Internet zum Nutzen der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger Österreichs zu fördern?



Die Schwerpunkte liegen bei Infrastruktur und Industriepolitik, Bildung, öffentlichen Dienstleistungen und neuen Arbeitswelten. Neben der Breitbandmilliarde fördern wir mit dem Programm AT:net die Markteinführung und Etablierung digitaler Anwendungen und Produkte. Dabei werden neben bestehenden Unternehmen auf dem Weg zur Digitalisierung genauso Start-ups unterstützt. Der Wandel zur digitalen Produktion (»Industrie 4.0.«) wird vom BMVIT jedes Jahr mit EUR 185 Mio. gefördert. Mit dem EUR 280 Mio. Forschungszentrum »Silicon Austria« wird Österreich im Bereich der Mikroelektronik – den Nervenzentralen der digitalisierten Welt – eine strategische Führungsrolle einnehmen. Alle Maßnahmen dienen dazu, den Wirtschaftsstandort Österreich und unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen.



Neben der bereits beschriebenen besseren Versorgung mit Breitbandnetzen und grundlegenden Änderungen im Telekommunikationsgesetz, braucht es auch Unterstützung bei der digitalen Transformation der Unternehmen und weitere Anreize für digitale Unternehmen, in den Standort Österreich zu investieren.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese die besten Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen vorfinden. Als Volkspartei stellen wir uns daher aktiv gegen die Einführung einer Maschinensteuer, die nachteilig für den Standort wäre. Vielmehr bedarf es generell einer Senkung der Steuerquote, Entlastung des Faktors Arbeit und einer Begünstigung der Investitionen in Digitalisierung. Darüber hinaus stellt die Ausbildung und die Vermittlung von digitalen Kompetenzen eines der zentralen Anliegen in der Bildungspolitik dar.



Wir fordern einen Fonds für eine Digitalisierungsoffensive. Die Erlöse der 5G-Lizenz und Teile der Breitbandmilliarde sollen für Technologieentwicklungen, Anwendungsentwicklungen, Ausbildung und Infrastruktur verwendet werden.



Einige Punkte wurden ja bereits angesprochen, wie die Notwendigkeit verstärkter Investitionen im Bereich Breitbandausbau. Darüber hinaus braucht es Bildung und Qualifikation und ein Forschungsprogramm IKT mit Fokus auf Sicherheitsfragen. Wir wollen auch einen Förderschwerpunkt ›KMU und Digitalisierung‹ und so Anreize zur Stärkung der betrieblichen Innovationskultur schaffen und die KMUs am Weg in das digitale Zeitalter verstärkt unterstützen. Daneben braucht es gerade für kleine und mittlere Betriebe den Aufbau und die Bereitstellung eines umfassenden Informations- und Ausbildungsnetzwerkes. Auf europäischer Ebene wollen wir uns für einen großzügig dotierten Fonds einsetzen, der Risikokapital für innovative Start-ups im Bereich der Digitalisierung unterstützt. Open Data muss als Chance für Start-ups gesehen und als selbstverständliches Prinzip etabliert werden. Gleichzeitig muss der Bereich Cybersicherheit massiv gestärkt werden – wir brauchen endlich ein Cybersicherheitsgesetz und die Einrichtung einer Sicherheitsagentur sowie Maßnahmen zum verstärkten Schutz kritischer Infrastruktur. Im Bereich Bildung bedarf es einer deutlich stärkeren Berücksichtigung der fächerübergreifenden Vermittlung digitaler Kompetenzen. Im Arbeitsrecht werden Anpassungen des Arbeitsschutzes an die neuen Arbeitswelten nötig sein. Und ganz wichtig ist uns auch das Anliegen der Digitalen Inklusion: niemand soll zurückgelassen werden. Dafür braucht es Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen, die Probleme haben sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Es gilt aber auch die Chancen, die die digitale Revolution gerade für diese Menschen bietet, ganz bewusst zu nutzen.



Digitale Wirtschaft begleitet uns schon jetzt und wird zukünftig noch mehr Raum einnehmen. Hierfür brauchen wir einen rechtlichen Rahmen bzw. Rechtssicherheit, besonders betreffend Kryptowährungen. Die allgemeine Reaktionsgeschwindigkeit Österreichs muss für Entwicklungen in dieser Art höher sein, ebenso wie der Diskussionswille wenn es um gesetzliche Lücken geht.

Die digitale Wirtschaft öffnet, ähnlich wie E-Government, die Möglichkeit, transparenter Handel zu betreiben und effizienter zu kommunizieren. Hier können – sogar in Verbindung mit beiden – Kostenvorteile im Bereich der Verwaltung entstehen. Neue Rahmenbedingungen im Produktionssektor (Stichwort: Industrie 4.0 oder internet of things) können nicht nur Effizienzgewinne bringen, dies kann auch zu einer verbesserten Vernetzung innerhalb Österreichs führen, wenn nicht sogar global. Diese Entwicklungen wollen wir nicht aufhalten, ebenso wenig soll Innovation hierbei durch Wertschöpfungsabgaben verhindert werden. Wir sind hier ganz klar auf der Seite des Fortschritts.



Siehe Frage 2; wir planen Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Demokratie, Forschung und Innovation.



- Einsatz Freier Software/Open Source
- Besseres und mehr freies WLAN
- Breitbandförderung, vor allem für den ländlichen Raum
- Förderung gemeinnütziger Initiativen und Non-Profit Kooperationen
- Aktives Auftreten gegen den Überwachungswahn

Wie viel **ZENSUR** verträgt das Internet?



Beim Internet Summit Austria 2017 des Providerverbands ISPA wurde das Thema Zensur im Internet aus unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet.

Seit vielen Jahren lädt die ISPA im September zum Internet Summit Austria, der sich als zentrales Forum der Internet-Community und der digitalen Wirtschaft in Österreich und über die Grenzen hinaus etabliert hat. Ziel der Veranstaltung ist es, dem Spannungsverhältnis zwischen den Interessen von Privatpersonen, Wirtschaft und Politik auf den Grund zu gehen und über mögliche Zukunftsszenarien zu diskutieren. Der diesjährige Summit am 13. September im Dachsaaal der Urania in Wien widmete sich Zugangsbeschränkungen und Zensurmaßnahmen im Internet sowie der Verantwortlichkeit von Online-Plattformen.

-----+ **Eröffnung mit Videostatement von Julia Reda**

ISPA Präsident Harald Kapper verglich bei seiner Begrüßung die unterschiedlichen Herangehensweisen der Staaten in Europa bei diesem Thema, umriss die Schutzziele der einzelnen Ansätze und betonte die Bedeutung einer gewissenhaften Auseinandersetzung damit. Er warnte davor, dass unsaubere oder überschießende Regulierung schnell zu overblocking und damit zu gravierenden Eingriffen in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger führen könne.

Die Eröffnung erfolgte durch Julia Reda, Mitglied des Europäischen Parlaments. In ihrer Videobotschaft ging

sie speziell auf die aktuelle Diskussion rund um die Überarbeitung der Urheberrechts-Richtlinie ein, kritisierte die angedachte Einführung von Upload-Filtern und einem Leistungsschutzrecht für Presseerzeugnisse und betonte die damit verbundenen massiven Eingriffe in die Grundrechte jeder bzw. jedes Einzelnen. Am Beispiel der 20-jährigen Geschichte der ISPA verdeutlichte sie, wie sich ein Leistungsschutzrecht auf die Verfügbarkeit von Informationen über die Tätigkeit der ISPA in der Vergangenheit auswirken würde. Sie betonte, dass, wenn qualitative Inhalte wie Zeitungsberichte nicht mehr frei verfügbar sind bzw. geteilt werden können, Nutzerinnen und Nutzer wohl noch mehr auf fragwürdige Inhalte wie Fake News zurückgreifen würden.

Netzsperrn und ihre Auswirkungen

Cyborg-Rights-Aktivist, Designer und Entwickler Aral Balkan plädierte in seiner Keynote für ein »Internet of People«, in dem persönliche Daten jedem selbst gehören. »Es ist missverständlich, dass wir beim Begriff »Daten« und beim Umgang mit ihnen nicht zwischen Dingen und Personen unterscheiden, als wären Informationen über Steine dasselbe wie Informationen über Menschen«, so Balkan und fordert: »Europa braucht progressive Technologie, die dezentral, für alle zugänglich und nachhaltig ist. Technologie, die Bürgerrechte schützt, Ungleichheit verringert und im Dienst der Demokratie steht.«

In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Franz Zeller, debattierten – neben Aral Balkan – Nikolaus Forgó von der Universität Hannover, Burkhard Stiller von der Universität Zürich und Barbara Trionfi vom International Press Institute über ihren Zugang zum Thema Netzsperrn. Für Stiller sind diese zwar technisch machbar, im weitesten Sinne allerdings unwirksam und stellen im Kern keinen Mechanismus zur erfolgreichen



Sperrung von Inhalten dar. »Es sind immer Menschen beziehungsweise Gesellschaften, die zensieren, und nicht die von ihnen durchgeführten Netzsperrern«, so Stiller. Damit werfen für ihn Netzsperrern im Endeffekt die ethische Frage auf, wer über welche Inhalte und deren juristische Bewertung – schnell – entscheiden könne, ohne die Meinungsfreiheit oder gar den Schutz der Privatsphäre zu opfern. Forgó plädiert in Bezug auf allfällige neue Regeln für mehr Gelassenheit, für ihn gibt es derer schon genug: »Europäer haben die Tendenz strenge Datenschutzregeln zu fordern und zu verabschieden um sie danach zu ignorieren.« Auch wenn Netzsperrern meist in Diktaturen und wenig demokratischen Systemen eingesetzt werden, sieht Trionfi auch einen Anstieg in Demokratien. Besonders problematisch sind für sie die mangelnde Transparenz bzw. keine klaren Richtlinien und Möglichkeiten, auf die sich Nutzerinnen und Nutzer berufen können, um gegen Netzsperrern zu appellieren. »Des Weiteren werden diese Netzsperrern ohne gerichtliche Urteile entschieden, was eine Verletzung der Menschenrechte und eine unrechtmäßige Beschränkung der Meinungsfreiheit bedeutet«, kritisiert Trionfi.

-----+ Chancen und Risiken der Content Regulierung

Den zweiten Teil der Veranstaltung leitete die freie Autorin Julia Krüger mit ihrer Keynote »#löschdich – Chancen und Risiken der Content Regulierung 2017« ein.

Für sie ist die Regulierung von strafbaren Inhalten im Netz keine Frage des »ob«, sondern des »wie«. »Um Fehlern und Missbrauch vorzubeugen, setzt diese Regulierung auch bei Netzsperrern einen demokratischen Legitimationszusammenhang voraus sowie adäquate Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten des demokratischen Souveräns«, so Krüger. Für die teilweise bereits automatisierten Informations- und Kommunikations-eingriffe großer Social Media-Plattformen fordert sie

Transparenz und auch Widerspruchsmöglichkeiten gegenüber zweifelhaften Eingriffen.

Im Anschluss diskutierten – wieder moderiert von Franz Zeller – Markus Breiteneker vom Verband Österreichischer Privatsender, die Autorin und Digital Champion Ingrid Brodnig, Josef Trappel von der Universität Salzburg, Christof Tschohl vom Research Institute und Julia Krüger vor allem über die Regulierung von Online-Plattformen. Nach Ansicht von Breiteneker braucht es für Social Media-Plattformen keine neuen Regelungen. »Nach der klassischen Definition des Begriffs Medium sind Plattformen wie Facebook, Google oder Youtube eindeutig Medien. Sie gehören daher auch dem Medienrecht unterworfen«, so Breiteneker, der auf diese Weise die dort virulenten Probleme wie Hate Speech oder Fake News gelöst sieht. Tschohl sieht die zuständigen Stellen darauf jedoch in keiner Weise vorbereitet: »Es gibt eine staatliche Schutzpflicht, der nachgekommen werden muss. Aber bei der derzeitigen Aufstellung und Ausstattung kann das in diesem Fall ohne entsprechende Vorlaufzeit nicht funktionieren.« Auch Trappel nimmt die staatlichen Stellen in die Pflicht: »Internet, WWW und Social Network Sites sind keine rechtsfreien Räume und auch kein Reich der Willkür. Was wir brauchen sind rechtsstaatliche Eingreiftruppen, die schnell, flexibel und technisch versiert Cyber-Übeltätern das Handwerk legen. Was wir nicht brauchen sind Netz-Sheriffs im Auftrag globaler Konzerne.« Da die öffentliche Debatte zunehmend über digitale Plattformen wie Facebook erfolgt, ist die von Krüger in ihrer Keynote geforderte Transparenz auch für Brodnig enorm wichtig: »Wir brauchen mehr Transparenz, nach welchen Regeln diese Plattformen für uns Information sortieren, was sie anzeigen und welche Beiträge sie verbergen. Je wichtiger diese Plattformen werden, desto mehr müssen sie sich erklären.«

Zum Ausklang der Veranstaltung nutzten die mehr als 150 Gäste noch die Möglichkeit, auf der Dachterrasse der Urania im lockeren Rahmen mit den Vortragenden und Podiumsgästen weiter zu diskutieren. ■





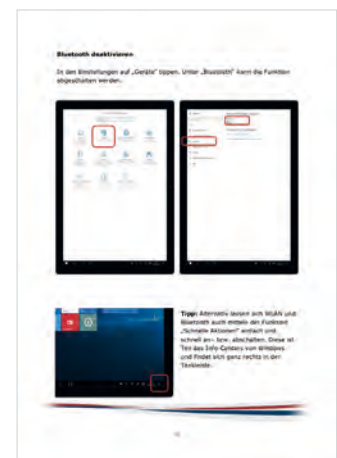
Sicherheitseinstellungen für mobile Endgeräte

Bereits in der fünften Auflage sind aktualisierte ISPA Leitfäden zur sicheren Konfiguration von Smartphones und Tablets für alle gängigen Betriebssysteme erschienen.

Urlaubsfotos, Social-Media-Apps, private und geschäftliche E-Mails, das Adressbuch mit allen Kontakten, Daten über den eigenen Körper (Fitness-Tracking), Schlafgewohnheiten, Musikgeschmack und vieles mehr: Das Smartphone ist für die meisten Menschen zum persönlichsten Gerät mit einer Vielzahl an sensiblen Informationen geworden.

In ausführlichen Schritt-für-Schritt Anleitungen mit vielen Screenshots helfen die von der ISPA im Rahmen von saferinternet.at herausgegebenen Sicherheitsleitfäden dabei, die wichtigsten Vorkehrungen zum Schutz dieser Daten am Smartphone und Tablet zu treffen. Neben den wichtigsten Sicherheitsfeatures und Datenschutzoptionen werden auch Themen wie kindersichere Einstellung des Geräts, empfohlene Vorkehrungen vor Verkauf oder Verschenken oder regelmäßige Sicherungskopien behandelt.

Die Leitfäden für Android, iOS und Windows stehen unter www.ispa.at/sicherheitseinstellungen zum kostenlosen Download bereit.



PLATTFORMSCHULUNG

Der Umgang mit rechtswidrigen Inhalten, speziell mit hetzerischem oder terroristischem Material, das in sozialen Netzwerken sowie auf Plattformen gepostet wird, sowie auch der Zugang zu Nutzerdaten, die bei Plattformen gespeichert sind, beschäftigte zuletzt sowohl den medialen Diskurs als auch die Strafverfolgung. Im Rahmen der laufenden Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen Internetwirtschaft und staatlichen Stellen zu verbessern, organisierte die ISPA am 29. Juni eine Schulung durch Vertreterinnen und Vertreter zweier großer Online-Plattformen für Mitglieder der österreichischen Judikative und Exekutive sowie des Stoptline-Beirats.

Knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung der ISPA in die Räumlichkeiten der Universität Wien, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Google und Facebook auszutauschen und die gegenseitigen Bedürfnisse, Anforderungen und Problemfelder besser kennenzulernen. Um einen vertraulichen Umgang zu gewährleisten und Herausforderungen klar ansprechen zu können, waren zu dieser Veranstaltung nur Vertreterinnen und Vertreter der Strafverfolgungsbehörden und Mitglieder des Beirats der Meldestelle für Kinderpornografie und Nationalsozialismus eingeladen worden.

»Die Gründung der ISPA vor 20 Jahren erfolgte aufgrund von Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von Access-Providern und Strafverfolgungsbehörden. Nicht zuletzt durch den Erfolg von Stoptline.at oder der Durchlaufstelle, die europaweit als Best-

Practice-Beispiel für den sicheren Datenaustausch zwischen Behörden und Access-Providern gilt, hat sich gezeigt, dass Kommunikation und Kooperation der Weg zum Erfolg für alle Beteiligten ist. Derzeit besteht eine ähnliche Situation mit ähnlichen Vorbehalten wie vor 20 Jahren, nur mit anderen Beteiligten. Durch den gegenseitigen Austausch werden sich jedoch auch hier in Zukunft zufriedenstellende Lösungen finden«, zeigte sich ISPA Generalsekretär Maximilian Schubert bei seiner Begrüßung zuversichtlich.

Die komplexen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Zusammenarbeit stellten in der Folge den Kernpunkt der Veranstaltung dar. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Google und Facebook erläuterten insbesondere die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei einer Löschung aufgrund eines Verstoßes gegen globale Richtlinien einerseits und einer Einschränkung der Sichtbarkeit aufgrund eines Verstoßes gegen nationales Recht andererseits.



Im ersten Fall ist zumeist ein rasches Vorgehen gegen gemeldete Inhalte (z. B. bei Darstellungen von Kindesmissbrauch) möglich, da es sich um weltweit gültige Richtlinien der Plattformen handelt und daher auch weltweit gleichermaßen vorgegangen werden kann. Die Richtlinien sind zudem transparent für jedermann auf der Webseite einsehbar. Hingegen ist ein Fall von gemeldeten Inhalten, die nicht gegen die globalen Richtlinien, sondern gegen nationales Recht verstoßen, aufgrund der Unterschiede in den Rechtsordnungen der einzelnen Länder mit einem weitaus höheren Aufwand verbunden. Zumeist ist in diesen Fällen eine Beurteilung durch die oder zumindest eine Konsultation der regionalen Expertengruppen notwendig. Zudem kommt es hierbei häufig zu einer Kollision unterschiedlicher Interessen (z. B. Recht auf Privatsphäre versus öffentliche Sicherheit), die von den Plattformen zu berücksichtigen sind.

Plattformen werden rechtlich als Hosting-Anbieter gesehen, da sie lediglich die Voraussetzungen schaffen, damit Nutzerinnen und Nutzer Inhalte im Internet austauschen können, jedoch selbst aktiv keine Inhalte erstellen. Sie haften daher grundsätzlich auch nicht für die von ihren Userinnen und Usern begangenen Rechtsverletzungen. Würde jedoch eine Plattform versuchen Rechtsverletzungen proaktiv zu verhindern, würde sie hierdurch das sogenannte ›Haftungsprivileg‹ nach der E-Commerce-Richtlinie verlieren und damit für die Inhalte der Nutzerinnen und Nutzer, gleich wie der Betreiber einer eigenen Webseite oder eine Tageszeitung für einen Artikel, rechtlich voll verantwortlich sein. Die Plattformen sehen sich somit vor der äußerst problematischen Herausforderung, verstärkt für das rechtswidrige Handeln ihrer Userinnen und User zu haften, sofern sie versuchen dieses zu verhindern.

Sämtliche Handlungen der Plattformen, sei es in Folge eines Verstoßes gegen deren globale Richtlinien oder aufgrund einer nationalen Entscheidung, werden transparent von den Plattformen ausgewiesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Plattformen legten den anwesenden Behördenvertreterinnen und -vertretern nochmals dar, über welche Nutzerdaten sie verfügen und unter welchen Voraussetzungen sie diese übermitteln können.

In den Vorträgen und Reaktionen der Anwesenden verdeutlichte sich, dass Unklarheiten in der Kommu-

nikation eine nicht unwesentliche Herausforderung in der Zusammenarbeit von Plattform-Betreibern und Strafverfolgungsbehörden in Österreich sind. So werden zwar von den Plattformen jeweils Formulare zur Verfügung gestellt, die Praxis zeigt jedoch, dass teilweise noch Fragen betreffender Nutzung bestanden. Als Schlüssel zur erfolgreichen Anwendung der von den Plattformen zur Verfügung gestellten Möglichkeiten wird die Kanalisierung aller Anfragen von Behördenseite über eine zentrale Stelle (sog. ›SPOC‹ – Single Point of Contact) gesehen, da hierbei speziell geschultes Personal die Anfragen abwickelt und somit z. B. fehlende Daten noch durch behördeninterne Rückfragen ergänzt werden können. Dadurch wird verhindert, dass eine Anfrage aufgrund z. B. fehlender Daten vom Betreiber zurückgewiesen werden muss, was im Endeffekt zu einer schnelleren Bearbeitung der Anfragen führt.

Beispiele für eine derartige Verbesserung durch die Einrichtung zentraler SPOCs gibt es nicht nur im internationalen Vergleich, sondern auch im Rahmen der Beauskunftung von Nutzerdaten durch Access-Provider, wo die Einrichtung einer solchen Stelle dazu geführt hat, dass die Zusammenarbeit zwischen Providern und Behörden mittlerweile reibungsfrei funktioniert.

Als Zwischenschritt in diese Richtung wurden daher teilweise Kontaktdaten auf beiden Seiten ausgetauscht, um in Ausnahmefällen auch abseits der gewöhnlichen Arbeitszeit eine bestmögliche Zusammenarbeit zu garantieren sowie über eine bereits bekannte Person als Kontaktpunkt zu verfügen.

Positiv fiel auf, dass von beiden Seiten Verständnis für die Probleme auf der jeweils anderen Seite gezeigt wurde und insbesondere auch die Plattformen die Wünsche der Exekutive nachvollziehen konnten. Im Rahmen der ausführlichen Gespräche während der Veranstaltung sowie in den Pausen konnten bestehende Kontakte vertieft und oftmals ein Grundstein für eine verbesserte Zusammenarbeit gelegt werden. Gleichwohl zeigte sich auch, wie wichtig Kommunikation und ein aktives aufeinander Zugehen in der Praxis sind, um eine möglichst effiziente Kooperationsgrundlage zu schaffen, womit auch die Grundintention der Veranstaltung vollends bestätigt wurde.

Die ISPA wird auch in Zukunft ihre Rolle als Vermittler zwischen Betreibern und Behörden wahrnehmen, eine Plattform für konstruktive Diskussionen anbieten und dankt an dieser Stelle allen Personen, die der Einladung Folge geleistet haben und dabei zum Teil auch lange Anreisen in Kauf genommen haben. ■

#GEGENHASSIMNETZ

Beratungsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen

Beratungsstelle
#GegenHassimNetz

mit 15.9. hat die Beratungsstelle #GegenHassimNetz ihre Arbeit aufgenommen. Diese Einrichtung wird von juristisch und psychosozial geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisation ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit im Auftrag des Bundeskanzleramts betrieben und unterstützt und berät Opfer von Hasspostings, Cyber-Mobbing und anderen Formen von verbaler und psychischer Gewalt im Internet. Neben unmittelbar Betroffenen richtet sich das Angebot auch an Dritte, die mit Hass im Netz in Berührung kommen, wie etwa Pädagoginnen und Pädagogen, die in der Schule mit Cyber-Mobbing-Vorfällen konfrontiert sind.

das niederschwellige Angebot ist kostenlos. Nach einer Ersteinschätzung der Inhalte werden Betroffene von erfahrenen Beraterinnen und Beratern über ihre Handlungsoptionen und mögliche Gegenstrategien aufgeklärt. Außerdem erhalten sie Unterstützung bei möglichen rechtlichen und anderen Schritten sowie Informationen zu Hilfsangeboten weiterer unterstützender Einrichtungen. Die Beratungsstelle meldet darüber hinaus die entsprechenden Inhalte bei den jeweiligen Plattformbetreibern, um eine Löschung zu erwirken. Die Beratung kann über Chat, Messenger, E-Mail oder Telefon erfolgen, auch persönliche Beratungsgespräche sind nach vorheriger Terminvereinbarung möglich.

Kontakt:

Telefon: +43 1 236 55 34, E-Mail: beratung@zara.or.at
Web/Chat/Meldeformular: beratungsstelle.counteract.or.at
Facebook Messenger: [facebook.com/zara.or.at/](https://www.facebook.com/zara.or.at/)
Twitter: @CounterACT_Hass

Erreichbarkeit:

Mo – Mi: 9.00 – 16.30 Uhr,
Do: 10.00 – 18.30 Uhr
Fr: 9.00 – 15.00 Uhr
Die Beratung ist kostenlos.

Weitere Informationen:

<https://beratungsstelle.counteract.or.at>

NEUE MITGLIEDER STELLEN SICH VOR



Die nöGIG ist eine Tochtergesellschaft von ecoplus (Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich) dessen Auftrag es ist, überall dort wo der Ausbau von privaten Unternehmen nicht durchgeführt wird, Glasfaseranschlussnetze (FTTB/H) zu errichten. Diese Netze sollen an Wholesale-only Netzbetreiber vergeben werden, welche zu gleichen und nicht-diskriminierenden Bedingungen allen Dienst Anbietern den Zugang zum Endkunden ermöglichen. Somit entsteht intensiver Wettbewerb und in Folge bessere Dienstleistung, gutes Preisniveau und mehr Innovation für den Endkunden. Dieses Konzept (»Modell NÖ«) wird von 2015 – 2018 in vier Pilotregionen (Kleinregion StadtLand und dem Zukunftsraum Thayaland im Waldviertel, sowie Ybbstal-Eisenstraße und Triestingtal) mit insgesamt 34.000 Anschlüssen (homes passed) umgesetzt. In 2016 wurde das Projekt mit dem »Broadband Award« der Europäischen Kommission in der Kategorie Offenheit und Wettbewerb ausgezeichnet. Alle Dienstanbieter sind eingeladen ihre Dienstleistung ab sofort auf den offenen, öffentlichen Netzen der nöGIG anzubieten

Kontakt:
i.brusic@noegig.at
0664 601 19767

A.K.I.S. GmbH **ACS**
Meiselstraße 46/4, 1150 Wien
Tel.: +43 1 50374 51
E-Mail: akis@akis.at
Web: www.akis.at

abaton EDV-Dienstleistungen GmbH **CS**
Hans-Resel-Gasse 17, 8020 Graz
Tel.: +43 5 0240 0
E-Mail: office@abaton.at
Web: www.abaton.at

ACOnet - Vienna University Computer Center **A**
Universitätsstraße 7, 1010 Wien
Tel.: +43 1 4277 14030
E-Mail: helpdesk@aco.net
Web: www.aco.net

adRom Media Marketing GmbH **CS**
Lustenauerstraße 66
6850 Dornbirn
Tel.: +43 5522 74813 0
E-Mail: office@adrom.net
Web: www.adrom.net

AGNITAS AG **S**
Werner-Eckert-Straße 6
81829 München
Tel.: +49 89 552908 0
E-Mail: info@agnitas.de
Web: www.agnitas.de

alladin-IT GmbH **AS**
Hebragasse 2/1/6, 1090 Wien
Tel.: +43 1 8905739
E-Mail: office@alladin.at
Web: alladin.at

Algo GmbH **CS**
Hauptstraße 385
5531 Eben im Pongau
Tel.: +43 6458 20242
E-Mail: weitgasser@algo.at
Web: www.algo.at

ANEXIA Internetdienstleistungs GmbH **S**
Feldkirchnerstraße 140
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Tel.: +43 463 208501
E-Mail: info@anexia.at
Web: www.anexia.at

APA-IT Informations Technologie GmbH **ACS**
Laimgrubengasse 10, 1060 Wien
Tel.: +43 1 36060 6060
E-Mail: it-vertrieb@apa.at
Web: www.apa-it.at

ARZ Allgemeines Rechenzentrum Gesellschaft m.b.H. **ACS**
Grasberggasse 13, 1030 Wien
Tel.: +43 50 4009 5704
E-Mail: security@arz.at
Web: www.arz.at

ASCUS Telecom GmbH **AS**
Adi-Dassler-Gasse 6, 9073 Viktring
Tel.: +43 463 2080 0
E-Mail: office@ascus.at
Web: www.ascus.at

AUSTROGATE Bauer & Partner OG **CS**
Sechshauser Straße 66/1
1150 Wien
Tel.: +43 720 007 700
E-Mail: office@austrogate.net
Web: www.austrogate.net

AVM GmbH for International Communication Technology **S**
Alt-Moabit 95, 10559 Berlin
Tel.: +49 30 39976 232
E-Mail: ict-info@avm.de
Web: www.avm.de

barga.com technische Dienstleistungen GmbH **S**
Leusbuendweg 49a
6800 Feldkirch
Tel.: +43 676 4355010
E-Mail: reg@barga.com
Web: www.barga.com

BK-DAT Electronics e.U. **AS**
Hieflauer Straße 18, 8790 Eisenerz
Tel.: +43 3848 60048
E-Mail: info@bkdat.net
Web: www.bkdat.net

Brennercom Tirol GmbH **AS**
Eduard-Bodem-Gasse 8
6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 279279
E-Mail: info@brennercom-tirol.at
Web: www.brennercom.tirol

Bundesrechenzentrum GmbH **ACS**
Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien
Tel.: +43 1 7112388 0
E-Mail: office@brz.gv.at
Web: www.brz.gv.at

CC1 Communications (CCC.at) - Fa. Andrea Illsinger **AS**
Kaiserbrunnstraße 34
3021 Pressbaum
Tel.: +43 1 50164 0
E-Mail: office@ccc.at
Web: www.ccc.at

China Telecom (Deutschland) GmbH **AS**
Bockenheimer Landstraße 77
60325 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 24003 2929
E-Mail: marketing.germany@chinatelecomglobal.com
Web: www.cteurope.net

Christoph Schmoigl edvUNION **S**
Landskrongasse 5/1/1/1
1010 Wien
Tel.: +43 1 7108502
E-Mail: cs@edvu.at
Web: www.edv-union.at

CIDCOM Werbeagentur GmbH **CS**
Wiedner Hauptstraße 78, 1040 Wien
Tel.: +43 1 4064814 0
E-Mail: office@cidcom.at
Web: www.cidcom.at

Cisco Systems Austria GmbH **S**
Handelskai 94-96, 1200 Wien
Tel.: +43 1 24030 6024
E-Mail: hgreinert@cisco.com
Web: www.cisco.at

Citycom Telekommunikation GmbH **AS**
Gadollaplatz 1, 8010 Graz
Tel.: +43 316 887 0
E-Mail: bernd.stockinger@holding-graz.at
Web: www.citycom.co.at

Colt Technology Services GmbH **ACS**
Kärntner Ring 10-12, 1010 Wien
Tel.: +43 1 20500 0
E-Mail: klaus.strobl@colt.net
Web: www.colt.net

comm-IT EDV DienstleistungsgmbH **ACS**
Adamsgasse 1/20, 1030 Wien
Tel.: +43 1 205210
E-Mail: karl.pusch@comm-it.at
Web: www.comm-it.at

Connex - Computer und Netzwerk GmbH **S**
Sossenstraße 11
2380 Perchtoldsdorf
Tel.: +43 1 8691981 0
E-Mail: office@connex.net
Web: www.connex.net

Compass-Gruppe GmbH **CS**
Matznergasse 17, 1141 Wien
Tel.: +43 1 98116 0
E-Mail: office@compass.at
Web: www.compass.at

comteam it-solutions Mag. Erwin Leitner e.U. **AS**
Mitterfeldstraße 1, 3300 Amstetten
Tel.: +43 7472 222 8100
E-Mail: office@comteam.at
Web: www.comteam.at

connecting : media it & audio - consulting GmbH **S**
Steinheilgasse 5-, 1210 Wien
Tel.: +43 1 2580477
E-Mail: office@commed.net
Web: www.commed.net

conova communications GmbH **AS**
Karolingierstraße 36A, 5020 Salzburg
Tel.: +43 662 2200 0
E-Mail: g.haider@conova.com
Web: www.conova.com

CoreTEC IT Security Solutions GmbH **S**
Wiedner Hauptstraße 15, 1040 Wien
Tel.: +43 1 5037273 0
E-Mail: m.kirisits@coretec.at
Web: www.coretec.at

COSYS DATA GmbH **S**
Stifterstraße 19, 4360 Grein
Tel.: +43 1 2299600
E-Mail: office@cosys.cc
Web: www.cosys.cc

Crayon Austria GmbH **S**
Liebermannstraße F04 Tür 201
2345 Brunn am Gebirge
Tel.: +43 720 303025 0
E-Mail: office.at@crayon.com
Web: www.crayon.com/at

CSO.Net Internet Services GmbH **ACS**
Franzosengraben 10, 1030 Wien
Tel.: +43 1 206 30 0
E-Mail: office@cs0.net
Web: www.cs0.net

Cu4IT BV **A**
PO BOX 9332, 1800 GH Alkmaar
Tel.: +31 72 5024150
E-Mail: info@Cu4IT.com
Web: www.cu4it.com

CUBIT IT Solutions GmbH **ACS**
Zieglergasse 67/3/1 Hoftrakt
1070 Wien
Tel.: +43 1 7189880 0
E-Mail: paul.witta@cubit.at
Web: www.cubit.at

CYAN Networks Software GmbH **AS**
Goldschmiedgasse 6
1010 Wien
Tel.: +43 1 33933 0
E-Mail: klaus.thurnhofer@cyanetworks.com
Web: www.cyan-networks.com

dark-green Information Technology GmbH. **S**
Sattelbach 1A
2532 Sattelbach/Heiligenkreuz
Tel.: +43 2236 860130 0
E-Mail: markus@dark-green.com
Web: www.dark-green.com

datenwerk innovationsagentur GmbH **CS**
Neubaugasse 68/2/1/20L
1070 Wien
Tel.: +43 1 5856071
E-Mail: office@datenwerk.at
Web: www.datenwerk.at

DI Johannes Schulz **S**
Scheibenbergstraße 19, 1180 Wien
Tel.: +43 1 3085544
E-Mail: office@mailplus.co.at
Web: www.mailplus.co.at

DIALOG telekom GmbH & Co KG **ACS**
Goethestraße 93, 4020 Linz
Tel.: +43 732 662774 0
E-Mail: rpassecker@dialog-telekom.at
Web: www.dialog-telekom.at

DIC-Online Wolf & Co. KG **ACS**
Innrain 117 1. Stock,
6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 341033 0
E-Mail: office@dic.at
Web: www.dic.at

Dimension Data Austria GmbH **AS**
Kommunikationsplatz 1, 1210 Wien
Tel.: +43 5 7733 4658
E-Mail: martin.resel@dimensiondata.com
Web: www.nextiraone.at

domainname.at - webagentur.at
Internet Service GmbH **ACS**
Beethovengasse 4-6
2500 Baden
Tel.: +43 2252 259892
E-Mail: office@webagentur.at
Web: www.domainname.at

easyname GmbH **CS**
Fernkornegasse 10/3/501
1100 Wien
Tel.: +43 1 3360006
E-Mail: office@easyname.com
Web: www.easyname.com/de

echonet communication GmbH **CS**
Rosenbursenstraße 2/24
1010 Wien
Tel.: +43 1 5122695
E-Mail: office@echonet.at
Web: www.echonet.at

EDV-Dienstleistungen Rappaport GmbH & Co. KG **S**
Geblergasse 95/8, 1170 Wien
Tel.: +43 1 9068020 10
E-Mail: dominik.rappaport@rappaport.at
Web: www.rappaport.at

EDV-Himmelbauer **A**
Kremserstraße 8, 2070 Retz
Tel.: +43 2942 20670
E-Mail: jhimmelbauer@edv-himmelbauer.at
Web: www.edv-himmelbauer.at

emerion WebHosting GmbH **S**
Hofmühlgasse 3-5
1060 Wien
Tel.: +43 1 2988800
E-Mail: office@emerion.com
Web: www.emerion.com

Empirion Telekommunikations Services GmbH **ACS**
Horneckgasse 8
1170 Wien
Tel.: +43 1 4805000
E-Mail: office@empirion.at
Web: www.empirion.at

Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH **S**
Böhmerwaldstraße 3, 4020 Linz
Tel.: +43 59000 3900
E-Mail: manfred.litzlbauer@energieag.at
Web: www.energieag.at

Energie Steiermark AG **A**
Leonhardgürtel 10
8010 Graz
Tel.: +43 316 9000 0
E-Mail: info@e-steiermark.com
Web: www.e-steiermark.com

EPB EDV-Partner OG **CS**
Hauptstraße 17
7051 Großhöflein
Tel.: +43 699 12370970
E-Mail: office@epb.at
Web: www.epb.at

Ericsson Austria GmbH **ACS**
Ernst-Melchior-Gasse 24
1020 Wien
Tel.: +43 1 81100 0
E-Mail: gottfried.madl@ericsson.com
Web: www.ericsson.com

Facebook Germany GmbH **AC**
Pariser Platz 4a
10117 Berlin
Tel.: +49 30 300145553
E-Mail: politik@fb.com
Web: www.facebook.com/PublicPolicyOfficeBerlin

fairytel communications gmbh **ACS**
Trappelgasse 4, 1040 Wien
Tel.: +43 720 345 111
E-Mail: office@fairytel.at
Web: www.fairytel.at

members

September 2017

Faxonline GmbH S Mariahilferstraße 136, 1150 Wien Tel.: +43 800 802102 E-Mail: info@faxonline.at Web: www.faxonline.at FH des BFI Wien Maria Jacobigasse 1/3 1030 Wien Tel.: +43 1 72012860 940 E-Mail: info@fh-vie.ac.at Web: www.fh-vie.ac.at FH Technikum Wien C Höchstädtplatz 6, 1200 Wien Tel.: +43 1 3334077 E-Mail: info@technikum-wien.at Web: www.technikum-wien.at Freewave GmbH A Premlechnergasse 12/A7 1120 Wien Tel.: +43 1 8040134 E-Mail: office@freewave.at Web: www.freewave.at FunkFeuer Wien – Verein zur Förderung freier Netze AS Gonzagagasse 11/25 1010 Wien E-Mail: admin@funkfeuer.at Web: www.funkfeuer.at Futureweb ÖG CS Innsbrucker Straße 4 6380 St. Johann in Tirol Tel.: +43 5352 65335 0 E-Mail: info@futureweb.at Web: www.futureweb.at Gamsjaeger Kabel-TV & ISP Betriebs GmbH AS Unterauer Straße 7, 3370 Ybbs Tel.: +43 7412 52249 E-Mail: office@wibs.at Web: www.wibs.at Gemeindewerke Telfs GmbH ACS Bahnhofstraße 40, 6410 Telfs Tel.: +43 5262 62330 E-Mail: office@gwtelfs.at Web: www.gwtelfs.at GiGaNet.at, Bernhard Kröll AS Rauchenwald 651 6290 Mayrhofen Tel.: +43 5285 630 850 E-Mail: office@giganet.at Web: www.giganet.at Google Austria GmbH S Graben 19 1010 Wien Tel.: +43 1 23060 6001 E-Mail: press@google.com Web: www.google.at GRZ IT Center GmbH S Goethestraße 80, 4020 Linz Tel.: +43 732 6929 1507 E-Mail: bachleitner@grz.at Web: www.grz.at HEROLD Business Data GmbH CS Guntramsdorfer Straße 105 2340 Mödling Tel.: +43 2236 401 651 E-Mail: frank.bieser@herold.at Web: www.herold.at HostProfis ISP Telekom GmbH AS Tirolerstraße 17, 3. Stock 9500 Villach Tel.: +43 59900 202 E-Mail: oberdorfer@hostprofis.com Web: www.hostprofis.com	hotze.com GmbH AS Eduard-Bodem-Gasse 6 6020 Innsbruck Tel.: +43 512 353640 E-Mail: office@hotze.com Web: www.hotze.com Huemer Data Center Ges.m.b.H. ACS Leonard-Bernstein-Straße 10 1220 Wien Tel.: +43 664 3502196 E-Mail: wm@huemer-dc.com Web: www.huemer-dc.com Hutchison Drei Austria GmbH ACS Brünner Straße 52, 1210 Wien Tel.: +43 5 0660 0 E-Mail: serviceteam@drei.at Web: www.drei.at HXS GmbH AS Millergasse 3, 1060 Wien Tel.: +43 1 3441344 E-Mail: office@hxs.at Web: www.hxs.at IForce IT GmbH ACS Bandgasse 27/1, 1070 Wien Tel.: +43 1 9076344 300 E-Mail: office@iforce.at Web: www.iforce.at ifunk.at AS Gaisberg 5, 4175 Herzogsdorf Tel.: +43 720 345488 E-Mail: office@ifunk.at Web: www.ifunk.at IKARUS Security Software GmbH S Blechturmstraße 11, 1050 Wien Tel.: +43 1 58995 E-Mail: pichlmayr.j@ikarus.at Web: www.ikarus.at Infotech EDV-Systeme GmbH AS Schaerdinger Straße 35 4910 Ried im Innkreis Tel.: +43 7752 81711 0 E-Mail: office@infotech.at Web: www.infotech.at Innosoft GmbH A Speckbacherstraße 12 6380 St. Johann Tel.: +43 5352 207207 E-Mail: d.hirschbichler@innosoft.at Web: www.innosoft.at Innsbrucker Kommunalbetriebe AG AS Langer Weg 29, 6020 Innsbruck Tel.: +43 512 502 6410 E-Mail: kundenservice@ikb.at Web: www.internet.ikb.at Institut für empirische Sozialforschung (IFES) GmbH C Teinfaltstraße 8, 1010 Wien Tel.: +43 1 54670 E-Mail: wasserbacher@ifes.at Web: www.ifes.at Internet Viennaweb Service GmbH S Perfektastraße 19/2, 1230 Wien Tel.: +43 1 9564606 E-Mail: office@viennaweb.at Web: www.viennaweb.at internic Datenkommunikations GmbH S Puchsbaumplatz 2/7-8, 1100 Wien Tel.: +43 1 3249685 E-Mail: info@internic.at Web: www.internic.at	InterXion Österreich GmbH S Louis-Häfliger-Gasse 10 1210 Wien Tel.: +43 1 2903636 0 E-Mail: wienna.info@interxion.com Web: www.interxion.com IP Austria Communication GmbH AS Bonygasse 40/DG/Tür 13.1 1120 Wien Tel.: +43 1 6628010 E-Mail: office@ipaustria.at Web: www.ipaustria.at IPAX ÖG AS Barawitzkagasse 10/2/2/11 1190 Wien Tel.: +43 1 3670030 E-Mail: office@ipax.at Web: www.ipax.at ipcom GmbH S Karlsplatz 1, 1010 Wien Tel.: +43 664 1445686 E-Mail: office@ipcom.at Web: www.ipcom.at iPlace Internet & Network Services GmbH ACS Ringstraße 5, 1. Stock 6830 Rankweil Tel.: +43 5552 20500 E-Mail: office@iplace.at Web: www.iplace.at iSystems e.U. CS Koppelpweg 8a 4060 Leonding Tel.: +43 732 890381 E-Mail: office@isystems.at Web: www.isystems.at ITandTEL Business IT-Lösungen (Geschäftsbereich der EWW Gruppe) CS Knorrstraße 10 4600 Wels Tel.: +43 7242 9396 7100 E-Mail: office@itandtel.at Web: www.itandtel.at ITEG IT-Engineers GmbH S Conradstraße 5 6020 Innsbruck Tel.: +43 512 209042 E-Mail: office@iteg.at Web: www.iteg.at IT-Technologie Gesellschaft für industrielle Elektronik und Informationstechnologie mbH S Grillgasse 181110 Wien Tel.: +43 1 229922 0 E-Mail: office@it-technologie.at Web: www.it-technologie.at, www.talk2u.at JM-DATA Telekom GmbH ACS Hackl-Straße 1 / Objekt 2 4050 Traun Tel.: +43 50 305080 E-Mail: office@jm-data.at Web: www.jm-data.at Josef Edtbauer e.U. – Pyhrn-Priel.TV A Egger-Weg 9 4582 Spital am Pyhrn Tel.: +43 7563 21800 E-Mail: office@pptv.at Web: www.pptv.at Jumper GmbH ACS Siegfriedgasse 23 Tor 1 1210 Wien Tel.: +43 1 9051155 E-Mail: office@jumper.at Web: www.jumper.at	KABEL TV AMSTETTEN GMBH AS Kruppstraße 3, 3300 Amstetten Tel.: +43 7472 66667 0 E-Mail: office@ktvam.at Web: www.ktvam.at kabelplus GmbH AS Südstadtzentrum 4 2344 Maria Enzersdorf Tel.: +43 5 0514 0 E-Mail: ispa@kabelsignal.at Web: www.kabelplus.at KAPPER NETWORK-COMMUNICATIONS GmbH – kapper.net ACS Alserbachstrasse 11/6 1090 Wien Tel.: +43 1 3195500 0 E-Mail: info@kapper.net Web: www.kapper.net Kapsch BusinessCom AG ACS Wienerbergstraße 53 1121 Wien Tel.: +43 50 811 0 E-Mail: office@kapsch.net Web: www.kapsch.net Kaufmann Ges.m.b.H A Goldenkronngasse 9 3500 Krems an der Donau Tel.: +43 2732 85625 E-Mail: office@ktv-krems.at Web: www.ktv-krems.at kitznet – Stadtwerke Kitzbühel ACS Jochberger Straße 36 6370 Kitzbühel Tel.: +43 5356 65651 E-Mail: internet@kitz.net Web: www.kitz.net KRAFTCOM ACS Göstling 108 3345 Göstling / Ybbs Tel.: +43 7484 257012 E-Mail: office@kraftcom.at Web: www.kraftcom.at Kreativwirtschaft Austria S Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien Tel.: +43 5 90900 0 E-Mail: gertraud.leimueller@wko.at Web: www.kreativwirtschaft.at KT-NET Communications GmbH ACS Ramingdorf 51 4441 Behamberg Tel.: +43 7252 77852 10 E-Mail: office@kt-net.at Web: www.kt-net.at Ledl.net GmbH ACS Lederergasse 6 5204 Straßwalchen Tel.: +43 6215 20888 E-Mail: office@domaintchnik.at Web: www.domaintchnik.at Leitstelle Tirol Gesellschaft mbH ACS Hunoldstraße 17 a 6020 Innsbruck Tel.: +43 512 3313 E-Mail: it@leitstelle-tirol.at Web: www.leitstelle-tirol.at LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG CS Marxergasse 25, 1030 Wien Tel.: +43 1 53452 1010 E-Mail: verlag@lexisnexis.at Web: www.lexisnexis.at	Licht- und Kraftvertrieb der Gemeinde Hollenstein/Ybbs AS Walcherbauer 2 3343 Hollenstein an der Ybbs Tel.: +43 7445 218 16 E-Mail: lkv@hollenstein.at Web: www.oganet.at Linz Strom GmbH ACS Wiener Straße 151, 4021 Linz Tel.: +43 732 3400 7315 E-Mail: m.past@linzag.at Web: www.linzag.at LinzNet Internet Service Provider GmbH AS Hafenstraße 1-3, 4020 Linz Tel.: +43 732 2360 E-Mail: office@linznet.at Web: www.linznet.at LIWEST Kabelmedien GmbH. AS Lindengasse 18, 4040 Linz Tel.: +43 732 942424 E-Mail: g.singer@liwest.at Web: www.liwest.at MakeNewMedia Communications GmbH ACS Wilhelminenstraße 80-82 1160 Wien Tel.: +43 1 338333 0 E-Mail: sales@makenewmedia.com Web: www.makenewmedia.com Marc Schwaar S Gumpendorferstraße 60/6 1060 Wien Tel.: +43 1 5852666 E-Mail: schwaar@schwaar.com Web: www.schwaar.com Mass Response Service GmbH AS Donau-City-Straße 7; DC Tower 1, 38th floor 1220 Wien Tel.: +43 1 2702825 E-Mail: office@massresponse.com Web: www.massresponse.com MediaClan – Gesellschaft für Online Medien G.m.b.H. CS Nestroyplatz 1/1/14a, 1020 Wien Tel.: +43 1 4075060 0 E-Mail: office@mediaclan.at Web: www.mediaclan.at mediainvent Service GmbH AS Prager Straße 6, 1210 Wien Tel.: +43 1 23400 E-Mail: service@mediainvent.com Web: www.mediainvent.com MELON Informations-technologie GmbH C Weyringergasse 13, 1040 Wien Tel.: +43 1 5056610 E-Mail: office@melon.at Web: www.melon.at Microsoft Österreich GesmbH. C Am Euro Platz 3, 1120 Wien Tel.: +43 1 61064 0 E-Mail: austria@microsoft.com Web: www.microsoft.com/austria mieX GmbH – Mühlviertler Internet Exchange AS Markt 8, 4153 Peilstein Tel.: +43 5 9008 008 E-Mail: office@miex.at Web: www.miex.at
--	--	--	--	---

MMC Kommunikations-technologie GesmbH **ACS**
Mühlgasse 14/E
2353 Guntramsdorf
Tel.: +43 2236 3903
E-Mail: office@mmc.at
Web: www.mmc.at

ms-cns Communication **A**
Network Solutions GmbH
Schedydgasse 34-36
1210 Wien
Tel.: +43 1 2703070
E-Mail: office@ms-cns.com
Web: www.ms-cns.com

Multikom Austria Telekom GmbH **AS**
Jakob-Haringer-Straße 1
5020 Salzburg
Tel.: +43 59m5d6g7
m5d6g73 1000
E-Mail: office@xlink.at
Web: www.xlink.at

mur.at - Verein zur Förderung von Netzwerkunst **ACS**
Leitnergasse 7a, 8010 Graz
Tel.: +43 316 821451 26
E-Mail: verein@mur.at
Web: www.mur.at

myNET gmbh **AS**
Bruggfeldstraße 5
6500 Landeck
Tel.: +43 676 841810300
E-Mail: hh@mynet.at
Web: www.mynet.at

NA-NET Communications GmbH **AS**
Neudorf bei Staats 276
2135 Neudorf bei Staats
Tel.: +43 2572 20233 0
E-Mail: office@nanet.at
Web: www.nanet.at

nemox.net Informations-technologie OG **AS**
Eduard-Bodem-Gasse 9
6020 Innsbruck
Tel.: +43 5 0234 0
E-Mail: info@nemox.net
Web: nemox.net

NeoTel Telefonservice GmbH & Co KG **S**
Esterhazygasse 18a/15
1060 Wien
Tel.: +43 1 4094181 0
E-Mail: office@neotel.at
Web: www.neotel.at

Nessus GmbH **ACS**
Fernkorngasse 10/3/501
1100 Wien
Tel.: +43 1 3360006
E-Mail: fs@nessus.at
Web: www.nessus.at

Net4You Internet GmbH **ACS**
Tiroler Straße 80
9500 Villach
Tel.: +43 4242 5005
E-Mail: office@net4you.net
Web: www.net4you.net

NetMan Network Management und IT-Services GmbH **ACS**
Lindengasse 43/19
1070 Wien
Tel.: +43 1 2536000
E-Mail: michael.lichtenegger@net-man.at
Web: www.net-man.at

netservice dienstleistung gmbh **S**
Erzherzog Johann Gasse 18
8741 Weißkirchen
Tel.: +43 3577 81180 0
E-Mail: office@netservice.at
Web: www.netservice.at

Netvisual OG **ACS**
Louis-Häfliger-Gasse 10
1210 Wien
Tel.: +43 1 24299
E-Mail: kurt.einzinger@netelligenz.at
Web: www.netvisual.tv

Network & Internet Technologies **CS**
Am Sonnenhang 9
8700 Leoben
Tel.: +43 3842 22287
E-Mail: kundensupport@nit.at
Web: www.nit.at

next layer Telekommunikationsdienstleistungs- und BeratungsGmbH **AS**
Mariahilfer Gürtel 37/7, 1150 Wien
Tel.: +43 5 1764 0
E-Mail: office@nextlayer.at
Web: www.nextlayer.at

nfon GmbH **S**
Schillerplatz 1, 3100 St. Pölten
Tel.: +43 2742 75566
E-Mail: office.at@nfon.net
Web: www.nfon.at

Niederösterreichische Glasfaserinfrastrukturgesellschaft mbH **A**
Niederösterreich-Ring 2/B/4
3100 St. Pölten
Tel.: +43 2742 9000 19767
E-Mail: office@noegig.at
Web: www.noegig.at

Nokia Solutions and Networks Österreich GmbH **AS**
Leonard-Bernstein-Straße 10
1220 Wien
Tel.: +43 1 27722 5359
E-Mail: edeltraud.haller@alcatel-lucent.com
Web: www.alcatel-lucent.at

Ocilion IPTV Technologies GmbH **ACS**
Schaerdinger Straße 35
4910 Ried im Innkreis
Tel.: +43 7752 2144 0
E-Mail: office@ocilion.com
Web: www.ocilion.com

oekB - Oesterreichische Kontrollbank AG **CS**
Strauchgasse 3, 1011 Wien
Tel.: +43 1 53127 2175
E-Mail: ewald.jenisch@oekb.at
Web: www.oekb.at

ÖIAT - Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation **CS**
Margaretenstraße 70, 1050 Wien
Tel.: +43 1 5952112 0
E-Mail: office@oiat.at
Web: www.oiat.at

OmanBros.com Internetdienstleistungen GmbH **CS**
Guglgasse 8/2/85, 1110 Wien
Tel.: +43 1 9690304 0
E-Mail: office@omanbros.com
Web: www.omanbros.com

openlaws gmbh **C**
Fürbergstrasse 14/2,
5020 Salzburg
Tel.: +43 720 815141
E-Mail: office@openlaws.com
Web: www.openlaws.com

OpenNet GmbH **AC**
Gartengasse 14, 1050 Wien
Tel.: +43 1 9072429
E-Mail: office@open-net.at
Web: www.open-net.at

optivo GmbH **S**
Wallstrasse 16, 10179 Berlin
Tel.: +49 30 768078 0
E-Mail: tobias.herkula@optivo.de
Web: www.optivo.de

Orange Business Austria GmbH **AS**
Laxenburgerstrasse 2/1/4, 1100 Wien
Tel.: +43 1 36037 0
E-Mail: josef.canete@orange.com
Web: www.orange-business.com

ORF Online und Teletext GmbH & Co KG **CS**
Heiligenstädter Lände 27c, 1190 Wien
Tel.: +43 1 87878 0
E-Mail: online@orf.at
Web: www.orf.at

Ortswärme St. Johann in Tirol GmbH **A**
Speckbacherstraße 33
6380 St. Johann in Tirol
Tel.: +43 5352 20766
E-Mail: office@ortswaerme.info
Web: www.ortswaerme.info

Österreichische Post Aktiengesellschaft
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Tel.: +43 57767 0
E-Mail: kundenservice@post.at
Web: www.post.at

Peter Ostry e.U. **CS**
Wiener Landstraße 9/1
3452 Micheldorf
Tel.: +43 1 8777454 0
E-Mail: email@ostry.com
Web: www.ostry.com

Peter Rauter GmbH **ACS**
Bahnhofstr. 11
5202 Neumarkt
Tel.: +43 6216 5721 0
E-Mail: rauter@rauter-it.at
Web: www.rauter-it.at

PGV Computer Handels GmbH & CoKG **AS**
Kremser Landstraße 34
3100 St. Pölten
Tel.: +43 2742 366301
E-Mail: online@pgv.at
Web: www.pgv.at

Prager Consult GmbH **S**
Schönbrunner Straße 5/13
1040 Wien
Tel.: +43 1 5869031 20
E-Mail: prager@prager.at
Web: www.prager.at

Preisvergleich Internet Services AG **CS**
Obere Donaustraße 63/2
1020 Wien
Tel.: +43 1 5811609
E-Mail: markus.nigl@geizhals.at
Web: www.geizhals.at

quintessenz **A**
c/o quartier21 / MQ, Museumsplatz 1 (Electric Avenue), 1070 Wien
E-Mail: office@quintessenz.org
Web: www.quintessenz.org

Raiffeisen e-force GmbH. **AS**
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: +43 1 79079 12
E-Mail: peter.schmid@e-force.at
Web: www.e-force.at

Raiffeisen Informatik GmbH **ACS**
Lilienbrunnengasse 7-9, 1020 Wien
Tel.: +43 1 99399 0
E-Mail: info@r-it.at
Web: www.r-it.at

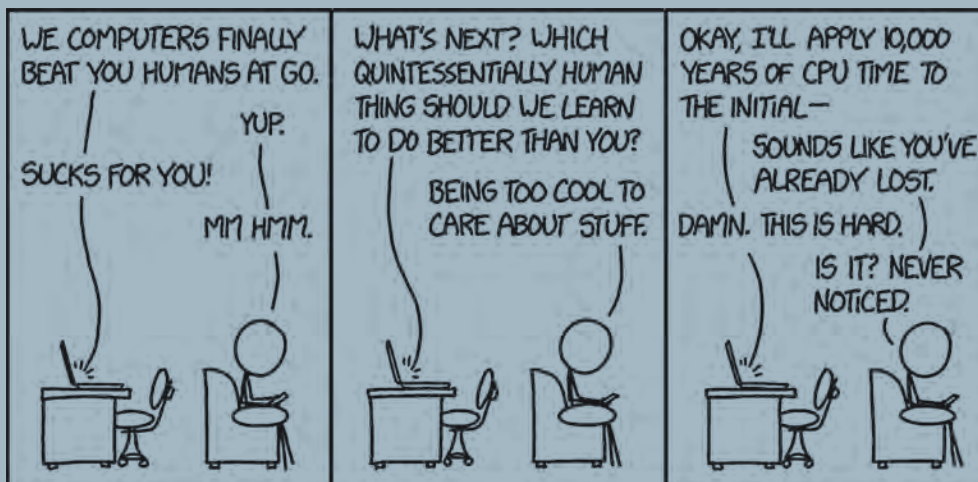
Riepert Informations-technologie OG **AS**
Bad Kreuzen 95
4362 Bad Kreuzen
Tel.: +43 7266 5901
E-Mail: g.riepert@riepert.at
Web: www.riepert.at

RIS GmbH **AS**
Im Stadtgut A1, 4407 Steyr-Gleink
Tel.: +43 7252 86186 0
E-Mail: info@ris.at
Web: www.ris.at

roNet GmbH **AS**
Ahornweg 9, 4150 Rohrbach
Tel.: +43 676 9112777
E-Mail: office@ronet.at
Web: www.ronet.at

RTCnow Streaming Services GmbH **CS**
Zirkusgasse 36/1, 1020 Wien
Tel.: +43 50 955
E-Mail: ispa@rtcnow.com
Web: www.rtcnow.com

Russmedia Digital GmbH **ACS**
Gutenbergstraße 1,
6858 Schwarzbach
Tel.: +43 5572 501 727
E-Mail: webmaster@austria.com
Web: werbung.vol.at



Russmedia IT GmbH **ACS**
Gutenbergstraße 1, 6858 Schwarzbach
Tel.: +43 5572 501 735
E-Mail: webmaster@vol.at
Web: highspeed.vol.at

s IT Solutions AT Spardat GmbH **ACS**
Geiselbergstraße 21-25, 1110 Wien
Tel.: +43 5100 39637
E-Mail: horst.ganster@s-itsolutions.at
Web: www.s-itsolutions.com

SAF Tehnika JSC **AS**
Ganibu dambis 24a
LV-1005 Riga
Tel.: +371 6 6951251
E-Mail: info@saftehnika.com
Web: www.saftehnika.com

Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation **AS**
Bayerhamerstraße 16
5020 Salzburg
Tel.: +43 662 8884 2781
E-Mail: herbert.stranzinger@salzburg-ag.at
Web: www.salzburg-ag.at

SBR-net Consulting AG **S**
Parking 10/1/10, 1010 Wien
Tel.: +43 1 5135140 0
E-Mail: ruhle@sbr-net.com
Web: www.sbr-net.com

Schallert.com e.U. **S**
Hauptstraße 35b
6800 Feldkirch
Tel.: +43 680 1461947
E-Mail: office@schallert.com
Web: www.schallert.com

Scherbaum it-consult **S**
Servitengasse 6/12, 1090 Wien
Tel.: +43 1 8901440
E-Mail: office@scherbaum-it.at
Web: www.scherbaum-it.at

SC-Networks / EVALANCHE - eMail Marketing Solution **CS**
Enzianstraße 2
82319 Starnberg
Tel.: +49 8151 555 160
E-Mail: info@sc-networks.com
Web: www.sc-networks.com

SIPit Kommunikationsmanagement GmbH **ACS**
Scherzergasse 12/1
1020 Wien
Tel.: +43 1 342342
E-Mail: office@sipit.at
Web: www.sipit.at

Software Company – siplan gmbh **ACS**
Eduard-Bodem-Gasse 5-7/210
6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 268000
E-Mail: office@business.co.at
Web: www.gunsch.at

sourceheads Information Technology GmbH **C**
Schönbrunner Straße 38/8
1050 Wien
Tel.: +43 1 917 417 0
E-Mail: info@sourceheads.com
Web: www.sourceheads.com

SPÜ Informationstechnologie-zentrum **S**
Windmühlgasse 26
1060 Wien
Tel.: +43 1 53427 283
E-Mail: office@itz.spoe.at
Web: www.spoe.at

Sprint International Austria GmbH **AS**
Schottenring 16, 1010 Wien
Tel.: +43 1 53712 4167
E-Mail: alexander.valenta@sprint.com
Web: www.sprintworldwide.com

Stadtwerke Feldkirch **AS**
Leusbündtweg 49
6800 Feldkirch
Tel.: +43 5522 9000
E-Mail: kundencenter@stadtwerke-feldkirch.at
Web: www.stadtwerke-feldkirch.at

Stadtwerke Hall in Tirol GmbH **AS**
Augasse 6, 6060 Hall in Tirol
Tel.: +43 5223 5855 2100
E-Mail: m.kofler@hall.ag
Web: www.citynet.at

Stadtwerke Imst **ACS**
Pfarrgasse 3
6460 Imst
Tel.: +43 5412 63324
E-Mail: stadtwerke@stwmst.at
Web: www.cni.at

Stadtwerke Kapfenberg GmbH **AS**
Stadtwerkestraße 6
8605 Kapfenberg
Tel.: +43 3862 23516 0
E-Mail: ispa@hiway.at
Web: www.hiway.at

Stadtwerke Klagenfurt Aktiengesellschaft **AS**
St. Veiter Straße 31
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Tel.: +43 463 521 603
E-Mail: guenter.glaboniat@stw.at
Web: www.stw.at

Stadtwerke Kufstein GmbH **A**
Fischergries 2, 6330 Kufstein
Tel.: +43 5372 69303 23
E-Mail: schuster@stwk.at
Web: www.kufnet.at

Stadtwerke Wörgl Ges.m.b.H. **AS**
Zauberwinkweg 2a, 6300 Wörgl
Tel.: +43 5332 72566 303
E-Mail: steinwender@stadtwerke.woergl.at
Web: www.stadtwerke.woergl.at

Streams Telecommunications-services GmbH **AS**
Universitätsstraße 10/7
1090 Wien
Tel.: +43 1 40159 128
E-Mail: office@streams.at
Web: www.streams.at

StuOnline Internet Service **AS**
Neuhofweg 8, 9560 Feldkirchen
Tel.: +43 4276 5121 0
E-Mail: info@stuonline.at
Web: www.stuonline.at

Symantec GmbH **S**
Fleischmarkt 1/6/12
1010 Wien
Tel.: +43 1 5328533 0
E-Mail: sarah_fahad@symantec.com
Web: www.symantec.at

SysUP OG **S**
Herrgottwiesgasse 149/2
8055 Graz
Tel.: +43 59222 0
E-Mail: office@sysup.at
Web: www.sysup.at

Tele2 Telecommunication GmbH **ACS**
Donau City Straße 11
1220 Wien
Tel.: +43 5 0500 0
E-Mail: kundenservice@at.tele2.com
Web: www.tele2.at

Telekurier Online Medien GmbH & CoKG **C**
Leopold-Ungar-Platz 1, 1190 Wien
Tel.: +43 1 52100 0
E-Mail: service@kurier.at
Web: kurier.at

TeleMax Internet Service **CS**
Sandgasse 26, 6923 Lauterach
Tel.: +43 5574 79489
E-Mail: office@telemax.at
Web: www.telemax.at

Tele-Tec GmbH **AS**
Gerasdorferstrasse 139/1C
1210 Wien
Tel.: +43 1 2566604 0
E-Mail: office@tele-tec.at
Web: www.tele-tec.at

TeleTronic Telekommunikations Service GmbH
Am Concorde Park 1/C5
2320 Schwechat
Tel.: +43 1 2810000
E-Mail: office@teletronic.at
Web: teletronic.at

TeliaSonera International Carrier Austria GmbH **S**
Am Heumarkt 10, 1030 Wien
Tel.: +43 1 205305 17
E-Mail: frank.kirchner@teliasonera.com
Web: www.teliasoneraic.com

Teradata **S**
Nymphenburger Höfe NY II,
Dachauer Straße 63
80335 München
Tel.: +49 89 12009 600
E-Mail: andre.goermer@teradata.com
Web: www.teradata.com

TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Bereich IT **A**
Eduard-Wallnöfer-Platz 2
6020 Innsbruck
Tel.: +43 50607 0
E-Mail: bit-tk-abwicklung@tiwag.at
Web: www.tiroler-wasserkraft.at

T-Mobile Austria GmbH **A**
Rennweg 97-99, 1030 Wien
Tel.: +43 1 79585 0
E-Mail: ispa@t-mobile.at
Web: www.t-mobile.at

TMS IT-Dienst **S**
Hinterstadt 2, 4840 Vöcklabruck
Tel.: +43 720 501078
E-Mail: office@tms-itdienst.at
Web: www.tms-itdienst.at

Tripple Internet Content Services **CS**
Florianigasse 54/2-5
1080 Wien
Tel.: +43 1 406 5927 0
E-Mail: office@trippel.at
Web: www.trippel.at

TTG Tourismus Technologie GmbH **S**
Freistädter Straße 119, 4041 Linz
Tel.: +43 732 7277 333
E-Mail: karl.mitteregger@ttg.at
Web: www.ttg.at

Türk Telekom International AT AG **S**
Ortsstraße 24, 2331 Vösendorf
Tel.: +43 1 6999408 0
E-Mail: office@turktelekomint.com
Web: www.turktelekomint.com

UCND United City Network Development GmbH **AS**
Ungargasse 58/13, 1030 Wien
E-Mail: matthias.subik@ucnd.at
Web: www.ucnd.at

Unwired Networks GmbH **ACS**
Gonzagagasse 11/2/5/25, 1010 Wien
Tel.: +43 1 9962051
E-Mail: office@unwired.at
Web: www.unwired.at

UPC Austria Services GmbH **ACS**
Wolfganggasse 58-60, 1120 Wien
Tel.: +43 1 96060 600
E-Mail: info.wien@upc.at
Web: www.upc.at

upstreamNet Communications GmbH **AS**
Lilienbrunnengasse 7-9/3. OG
1020 Wien
Tel.: +43 1 2128644 0
E-Mail: office@upstreamnet.at
Web: www.upstreamnet.at

Verein servus.at - Kunst & Kultur im Netz **AC**
Kirchengasse 4, 4040 Linz
Tel.: +43 732 731300
E-Mail: office@servus.at
Web: www.servus.at

Verizon Austria GmbH **AS**
Handelskai 340, 1023 Wien
Tel.: +43 1 72714 0
E-Mail: tech-support@at.verizonbusiness.com
Web: www.verizonbusiness.com/at/

VIM Internetdienstleistungen GmbH **ACS**
Goldegasse 29/2/Loft 2, 1040 Wien
Tel.: +43 1 7260200
E-Mail: office@vim.at
Web: www.vim.at

VipWeb.at Th. Dorn **ACS**
Kerpengasse 69, 1210 Wien
Tel.: +43 1 27145 50
E-Mail: office@vipweb.at
Web: www.vipweb.at

virtual-business
Hoelzelgasse 8, 1230 Wien
Tel.: +43 676 7062299
E-Mail: office@vibu.at
Web: www.vibu.at

Wabion GmbH **S**
Gutenberggasse 1/13, 1070 Wien
Tel.: +43 1 2362933
E-Mail: info@wabion.at
Web: www.wabion.at

web-crossing GmbH **CS**
Eduard-Bodem-Gasse 8
6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 206567
E-Mail: info@web-crossing.com
Web: www.web-crossing.com

WEB-TECH COACHING **CS**
Märzstraße 7, 1150 Wien
Tel.: +43 1 4925163
E-Mail: info@web-tech.at
Web: www.web-tech.at

Wien Energie GmbH **A**
Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien
Tel.: +43 1 4004 82000
E-Mail: stefan.koehler@wienenergie.at
Web: www.wienenergie.at

Wiener Zeitung GmbH **C**
Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien
Tel.: +43 1 20699 290
E-Mail: wolfgang.riedler@wienerzeitung.at
Web: www.wienerzeitung.at

Wingsoft **S**
Lanzendorfer Straße 45
2481 Achau
Tel.: +43 664 1029991
E-Mail: wilhelm.holzgruber@wingsoft.at
Web: www.wingsoft.at

WNT Telecommunication GmbH **AS**
Haydngasse 17, 1060 Wien
Tel.: +43 1 6163090
E-Mail: office@wnt-telecom.net
Web: www.wnt.at

World4You Internet Services GmbH **S**
Hafenstraße 47-51, 4020 Linz
Tel.: +43 732 93035
E-Mail: office@world4you.com
Web: www.world4you.com

WVNET Informations und Kommunikations GmbH **AS**
Edelhof 3, 3910 Zwettl
Tel.: +43 2822 53633 0
E-Mail: sales@wvnet.at
Web: www.wvnet.at

www.funknetz.at GmbH **AS**
Hirschstettner Straße 19-21 L1
1220 Wien
Tel.: +43 1 2929699 0
E-Mail: m.urbanek@funknetz.at
Web: www.funknetz.at

XINON GmbH **AS**
Frutten 40, 8354 St. Anna am Aigen
Tel.: +43 3127 20500
E-Mail: jantscher@xinon.at
Web: www.xinon.at

XQueue GmbH **S**
Christian-Pleb-Straße 11-13
63069 Offenbach am Main
Tel.: +49 69 83008980
E-Mail: info@xqueue.com
Web: www.xqueue.de

yasp.at gmbh **S**
Harrachstraße 16, 4020 Linz
Tel.: +43 676 7339333
E-Mail: office@yasp.at
Web: www.yasp.at



Privacyweek 2017

23.10.-29.10.2017

Volkskundemuseum Wien

Laudongasse 15-19

1080 Wien

privacyweek.at

IGF Austria 2017

16.10.2017

Wiener Rathaus

www.igf-austria.at